

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschlands (Sitz Hamburg)
Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) Hamburg

Erscheint jeden Sonnabdt. Monatsbezugspreis 50 Pf. (ohne Bestellgeld). Zu bezieh. durch alle Postanstalten • Anzeigenpreis: Nach Tarif der Inseraten-Union GmbH., Berlin SW 68
Herausg.: Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschl., Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St. • Anzeigen aus den Zahlstellen die viergespaltene Petitzeile 50 Pf.

Der Volksentscheid am 6. November

Von Th. Leipart.

Seit einem halben Jahre ist die Verfassung von Weimar praktisch außer Kraft. Sie wird „geschützt“, aber in ihren entscheidenden Teilen nicht mehr angewendet. Sie soll „reformiert“ werden, aber nicht aus ihrem Geiste. Der Geist der Weimarer Verfassung ist verbannt, er soll unterdrückt werden. Und das alles aus der angeblichen Vollmacht eines Artikels dieser Verfassung, des Artikels 48.

Die Staatsgewalt geht nicht mehr vom Volke aus, sondern vom Reichspräsidenten. Das Volk ist nicht mehr souverän. Souverän ist heute der Reichspräsident. Der Reichspräsident ist zwar von der Mehrheit des Volkes in sein Amt berufen. Aber die Regierung des Reiches, die er eingesetzt hat, regiert gegen den Willen der Mehrheit des Volkes.

Die Reichsregierung beruft sich bei jeder Gelegenheit auf überirdische Kräfte als Quelle ihres Rechts gegen das Volk. Sie treibt „Politik aus dem Glauben“. Das Volk aber teilt diesen Glauben nicht und mißbilligt diese Politik. Die Regierung zieht aus dieser Tatsache nicht die einzige mögliche Folgerung, schleunigst abzutreten. Sie bleibt und will noch jahrelang im Amt bleiben. Ihre Berufung auf den Glauben ist nichts als die politische Begründung dieser Willkür, sie ist eine überhebliche Selbstvergötterung. Das aber ist Mißbrauch des Glaubens aus Politik.

Die Reichsregierung will eine „autoritäre Regierung“ sein. Aber es gibt nur eine dauerhafte Grundlage der Autorität, das Vertrauen des Volkes.

Dieses Vertrauen fehlt. Es fehlt in allen Schichten des Volkes, außer bei jenen, die die Souveränität des Volkes verneinen, die sein unveräußerliches Recht, aus eigenem Urteil zu bestimmen, wie und von wem es regiert werden will, ein für allemal beseitigen wollen.

Politik wird nicht durch den Glauben gerechtfertigt, sondern durch Taten. Die Taten dieser Regierung zeugen wider ihren Glauben. Ihre Pläne bekunden eindeutig ihren Willen, die Staatsgewalt dem Volke zu entreißen.

Die lebendige Einheit von Volk und Staat, durch die Wirkungen der Krise, durch die Folgen einer verhängnisvollen Politik ohnehin geschwächt, soll vollends zerrissen werden. Obrigkeitsstaat und Untertanenvolk: das ist das staatspolitische Ziel dieser Regie-

rung, das ist die Quintessenz ihrer Verfassungsreform.

Aus diesem Geist bürokratischer Diktatur handelt sie schon heute. Sie befragt das Volk, aber sie mißachtet seine Antwort. Sie rühmt sich ihrer Unabhängigkeit von den Parteien, sie nennt sich „überparteilich“. Aber diese angebliche Ueberparteilichkeit ist nur eine Ausflucht. Sie muß zu dieser Ausflucht greifen, weil sie in keiner der großen Parteien, die Träger des Volkswillens sind, Anhänger besitzt.

Ihre parteipolitische Unabhängigkeit existiert trotzdem nur in ihrer eigenen Einbildung. Der Beifall der Deutschenationalen beweist, wo sie ihre Anhänger sucht und findet. Sie stützt sich auf die Großagrarien, auf die Schwerindustriellen, die ehemaligen Prinzen, die Fürsten und den Adel. Sie liebäugelt mit den Monarchisten und umwirbt die großen Interessenten. Das ist ihr neues Prinzip konservativer Staatsführung.

Der Reichskanzler wirbt für seine Politik auf den Tagungen der Industriellen und Agrarier. Die einen sucht er durch Steuergutscheine und Prämien für sich zu gewinnen, die andern durch Kontingente und Zölle, die einen wie die andern durch Subventionen. Der Reichskanzler weiß recht gut, warum er nicht vor den Arbeitern, vor den Gewerkschaften redet. An Gelegenheiten hätte es nicht gefehlt, wenn er selbst den Wunsch verspürte. Die öffentliche Kundgebung der Gewerkschaften am 18. Oktober hätte ihm die Möglichkeit geboten, den Versuch zu unternehmen, seine arbeiterfeindliche, widerspruchsvolle Politik vor diesem Forum zu begründen. Aber für die Arbeiter hat der Reichskanzler keine Prämien, keine Steuergutscheine, keine Vergünstigungen, keine Versprechungen in der Tasche. Er hätte mit leeren Händen vor sie hintreten und sich rechtfertigen müssen, wie er es „vor Gott und der

Nation“ begründen will, daß die Arbeiter durch jede seiner Notverordnungen mehr entrechtet und tiefer ins Elend gestoßen werden. Es wäre ihm nicht gelungen. Denn für diese Politik gibt es keine Rechtfertigung.

In Ministerreden wird von „überlebten Wirtschaftsformen oder unhaltbaren Besitzverhältnissen“ geredet, aber es wird nichts an ihnen geändert. Die Wirtschaftspolitik dieser Regierung dient der Erhaltung der überlebten Wirtschaftsformen, der Festigung unhaltbarer Besitzverhältnisse, der Unterhöhlung der Volksrechte, der Stabilisierung der Klassenherrschaft der Besitzenden.

Mit andern Worten: Diese Wirtschaftspolitik ist nur ein Glied in dem größeren Zusammenhang der staatspolitischen Pläne der Reichsregierung. Eben darin besteht ihre Gefahr. Denn diese Pläne sind bestimmt durch eine Auffassung von der sozialen Lebensordnung des Volkes, die in schroffem, feindlichen Gegensatz zu den sozialen Anschauungen, zu den staatspolitischen Zielen der deutschen Arbeiterbewegung, der Gewerkschaften, wie der Sozialdemokratie steht. Die Regierung findet nicht umsonst ihre Gefolgschaft bei den Anhängern des radikalen Rückschrittes, bei den Vorkämpfern des Obrigkeitsstaates, in jenen Kreisen, die mit der Hoffnung auf dauernde Erhaltung ihrer Besitzvorrechte den Willen verbinden, die Grundlagen des sozialen Volksstaates ganz zu zerstören und das freie Volk wieder unter die Botmäßigkeit volksfremder Gewalten zu stellen.

Die gegenwärtige Reichsregierung ist der Repräsentant dieser wahrhaft volksfeindlichen Kräfte. Wäre sie es nicht, sie wäre nicht auf den Gedanken gekommen, ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm mit politischen Maßnahmen zu verkoppeln, die die Grundlagen des deutschen Arbeitsrechts erschüttern, das in Wahrheit das Freiheitsrecht der deutschen Arbeiterschaft ist, aus ihrem Geiste geboren und unter harten Opfern erkämpft. Dieses Freiheitsrecht ist das Wahrzeichen eines neuen Deutschland, in dem die Arbeiterschaft entsprechend ihrer geschichtlichen Leistung für das Volk, als gleichberechtigtes Glied im Ganzen der Nation ihre erste Anerkennung fand. Eine Regierung, die dieses Recht angreift, ist ein Feind der Freiheit der deutschen Arbeiterschaft, sie gefährdet die innere Freiheit, das soziale Selbstbestimmungsrecht der werktätigen Schichten der Nation, sie ist eine Regierung wider das Volk.

Die deutsche Arbeiterschaft kann und wird der Regierung auf diesem

An die Mitglieder der Gewerkschaften!

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Am 6. November werdet Ihr wieder Euer höchstes Staatsbürgerrecht ausüben.

Dieses Recht ist in Gefahr. Wenn die Reaktion siegt, kann es das letzte Mal sein, daß ein neuer Reichstag nach dem freien Wahlrecht gewählt wird, das die sozialdemokratische Arbeiterbewegung nach dem Sturz des alten Kaiserstaates für sich und das deutsche Volk errungen hat. Der Ausfall dieser Wahl wird es entscheiden.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Ihr habt Jahrzehnte einer harten politischen Schule hinter Euch. Ihr werdet mit klarem Blick die ungeheuren Gefahren erkennen, die sich hinter den staatspolitischen Plänen der jetzigen Regierung verbergen.

Eure Freiheitsrechte, in einer langen ruhmreichen Geschichte erkämpft, sind aufs äußerste bedroht. Euer Kampf um die politische Macht ist in ein entscheidendes Stadium getreten.

Die politische Macht der Arbeiterklasse ist der Schlüssel zum Umbau der Wirtschaft, wie die Gewerkschaften ihn fordern.

Ein freies Deutschland kann nur ein sozialistisches Deutschland sein. Die Souveränität des deutschen Volkes unter den Weltmächten hat zur Voraussetzung, daß das Volk auch über sein innenpolitisches Schicksal souverän entscheidet.

Kein Volk ist frei, dessen Arbeiterschaft zur Unfreiheit, zur Hörigkeit verdammt ist.

Kämpft für Eure Freiheit!

Zeigt allen Gegnern am 6. November, daß Euer Wille zur politischen Macht ungebrochen ist.

Gebt Eure Stimmen der politischen Partei, die allein die Rechte und die Freiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen wahrhaft vertritt.

Alle Stimmen für die Sozialdemokratie.

Berlin, 24. Oktober 1932.

Der Bundesvorstand
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Die Freiheit ruft! Millionenschrei: Sozialdemokraten!
Das Volk entscheidet Liste zwei!

Wege nicht folgen. Ihr staatspolitisches Ziel ist ein freies, ein sozialistisches Deutschland. Um dieses Zieles willen hat sie seit Jahrzehnten den Kampf um die politische Macht geführt. Sie weiß, daß in diesem Kampf Rückschläge nicht ausbleiben können. Aber sie weiß auch aus der Erfahrung eines Jahrhunderts, daß die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie auf die Dauer mit jedem ihrer Gegner fertig geworden sind, weil auf ihrer Seite das lebendige Recht der inneren Freiheit unseres Volkes war.

Die deutsche Arbeiterschaft wird daher den Kampf um die politische Macht mit ungebrochener Energie aufnehmen. Der Geist der unerbittlichen und folgerichtigen Gegnerschaft gegen den Kapitalismus, der die deutsche so-

zialistische Arbeiterbewegung beseelt, breitet sich aus bis weit hinein in die Reihen der Parteien und Verbände, die heute noch, verblendet von den Lehren falscher Propheten, politische Gegner der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie sind. Dieser Antikapitalismus von heute wird der Sozialismus von morgen sein, wenn die deutschen Arbeiter ihren alten Fahnen treu bleiben und ihre Millionen und aber Millionen Stimmen am 6. November wie in den kommenden Kämpfen geschlossen einsetzen, um den sozialen deutschen Volksstaat auf dem Freiheitswillen der deutschen Arbeiterschaft, auf der politischen Macht der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie aufzubauen.

Papens falsche Wohnungspolitik verschärft die Arbeitslosigkeit

Die Hausbesitzer behaupten, es wäre ein Ueberfluß an Wohnungen vorhanden, deshalb müsse mit dem Wohnungsbau Schluß gemacht werden. Der Papen-Regierung liegt viel am Wohlwollen der Hausbesitzer und ihres Anhangs, deshalb hat sie diesen Forderungen nachgegeben. Dem Wohnungsbau ist seitens der Regierung der Todesstoß versetzt worden.

Haben wir einen Ueberfluß an Wohnungen? Nein. Es fehlen mindestens 500 000 Wohnungen, in erster Linie Wohnungen für die Arbeiterschaft. In den letzten Jahren ist die Gründung von mindestens 200 000 Haushaltungen mit Rücksicht auf die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse unterblieben. Die Ueberfüllung eines Teils der vorhandenen Wohnungen wird dadurch immer stärker. Für die nächsten Jahre werden nach den Vorausberechnungen des Statistischen Reichsamts Wohnungen gebraucht:

Im Durchsch. der Jahre	F. zuwachs. Haushaltung.	F. d. Ers. v. Altwoh.	Insges. d. Jahrfünft
1931—1935	250 000	30 000	1 400 000
1936—1940	190 000	30 000	1 100 000
1941—1945	85 000	90 000	875 000
1946—1950	100 000	190 000	1 450 000

Für das laufende Jahrzehnt werden daher für Zuwachs an Haushaltungen 2,4 Millionen, zur Befriedigung des subjektiven Wohnungsbedarfs 500 000 und für den laufenden Abbruchsbedarf 200 000, insgesamt 3 100 000 Wohnungen benötigt. Das bedeutet, daß jährlich mindestens 300 000 Wohnungen, und zwar zehn Jahre lang, gebaut werden müssen.

Die Gewerkschaften haben sich von jeher für die Förderung des Wohnungsbaues eingesetzt. Durch ihr fortgesetztes Drängen ist es gelungen, allein in den Jahren 1928 bis 1930 1 Million neue Wohnungen zu erstellen.

Der Wohnungsbau ist in zweifacher Hinsicht nötig: einmal, um der Wohnungsnot und dem Wohnungselend zu steuern, da unter diesen Erscheinungen die arbeitende Bevölkerung besonders leidet. Zum andern, weil der Wohnungsbau in erheblichem Umfang Arbeitsgelegenheit bietet. Arbeitsgelegenheit nicht nur für das Baugewerbe und das Baubengewerbe, wie Sägewerke, Steinbrüche, Ziegeleien, Zementfabriken, sondern auch für eine Anzahl anderer Berufszweige. Bei der Einrichtung von Wohnungen werden Möbel, Gardinen, Teppiche, Bilder, Beleuchtungskörper, Haushaltsartikel usw. benötigt. Die gesamte Wirtschaft profitiert also davon. Durch den Wohnungsbau könnte gerade in der Krise der Arbeitsmarkt sehr erheblich entlastet werden. Wie stark der Arbeitsmarkt in der Vergangenheit dadurch günstig beeinflusst worden ist, geht aus nachfolgender Gegenüberstellung der neu erbauten Wohnungen und der Arbeitslosenziffern in den letzten Jahren hervor.

Zahl der erbauten Wohnungen	Zahl der arbeitslosen Gewerkschaftsmitgl. in v. H.
1929 . . . 338 800	13,3
1930 . . . 330 260	23
1931 . . . 251 700	34,7
1932 . . . 100 000 (geschätzt)	44,5 (August)

Das sind die Arbeitslosenzahlen aller dem ADGB. angeschlossenen Organisationen. Nur auf die baugewerblichen Verbände umgerechnet ergeben sich weit höhere Ziffern. So betrug die Arbeitslosigkeit der Mitglieder unseres Verbandes im Durchschnitt der Jahre 1929 31,7 %, 1930 51,9 %, 1931 73,3 %, und nach den monatlichen Feststellungen ist im Jahre 1932 mit einer Arbeitslosenzahl bei unsern Kameraden von 80 % zu rechnen. Die Erwerbslosenziffern des Baugewerksbundes bewegen sich ungefähr auf derselben Höhe. Das sind die Auswirkungen der jetzigen Wohnungspolitik auf den Arbeitsmarkt des Baugewerbes.

Die Regierung redet fortgesetzt von Arbeitsbeschaffung und versucht, dieses

Kapitalfehlleitung statt Förderung der Bauwirtschaft

Die Reichsregierung hat angekündigt, daß nach ihrem Wirtschaftsplan in Kürze 1½ Millionen Menschen Arbeit erhalten werden. Trotz dieser und weiterer optimistischer Erklärungen von Kabinettsmitgliedern über deutliche Anzeichen eines beginnenden Wirtschaftsaufschwunges ist davon in der Wirklichkeit noch nichts zu spüren. Auf dem Arbeitsmarkt des Baugewerbes sieht es besonders trostlos aus. Das liegt aber nicht daran, daß es an Geld mangelt, das ist dafür in erheblichem Umfange vorhanden.

Die Regierung hat vor kurzem 50 Millionen Mark Reichszuschüsse für die Instandsetzung von Wohngebäuden und für die Teilung von Großwohnungen zur Verfügung gestellt. Daraus erhalten die Hausbesitzer bei Instandsetzungsarbeiten 20 %, bei Teilung von Wohnungen sogar 50 % der Kosten als Zuschuß. Weiter stehen auf Grund der Notverordnung vom 14. Juni 1932 fünf Millionen Mark Zinszuschüsse zu Darlehen für Instandsetzungsarbeiten an Wohngebäuden und Wohnungsteilungen bereit. Die Zinszuschüsse betragen 10 % des Instandsetzungsdarlehens und werden auch gegeben, wenn der Hausbesitzer mit seinem eigenen Gelde die Instandsetzungen bzw. die Umbauarbeiten vornimmt. Den Hausbesitzern werden also hier großzügig Gelder der Allgemeinheit geschenkt.

Damit ist aber die Fürsorge der Regierung für die Bauwirtschaft oder richtiger gesagt für die notleidenden Hausbesitzer noch nicht erschöpft. Wieder in der Erwartung, daß die Gelder für Instandsetzungen und Wohnungsteilungen, also für Arbeitsbeschaffung im Baugewerbe, verwendet werden, gewährt die Regierung Steuergutscheine in Höhe von 40 % der Grundsteuer und im Betrage von rund 400 Millionen Mark. Es stehen somit insgesamt 455 Millionen Mark für die Erhaltung des Altbauwertes und dem Ziel der Arbeitsbeschaffung allein auf Grund der Notverordnungen vom 14. Juni und 4. September 1932 bereit. Obendrein haben die Haus-

Problem durch Steueranrechnungsscheine, durch Einstellungsprämien und durch Lohnkürzungen zu lösen. Sie hat aber durch ihre Maßnahmen eine starke natürliche Quelle der Arbeitsbeschaffung, den Wohnungsbau, verstopft. Warum? Weil sie das Geld für den Wohnungsbau aus dem Aufkommen der Hauszinssteuer zum Teil für andere Zwecke verwendet, zum Teil damit den Hausbesitzern große Steuergeschenke macht. Das Resultat dieser „nationalen“ Regierungskunst ist

1. Verschärfung der Wohnungsnot, unter der hauptsächlich die arbeitende Bevölkerung leidet;
2. Steigerung der Mieten, die sich wiederum bei den Kleinwohnungen auswirkt, weil dort die Nachfrage am stärksten ist, und
3. Verschlechterung des allgemeinen Arbeitsmarktes und damit Rückgang von Steuern, Sozialversicherungsbeiträgen einerseits und stärkere Ausgaben für Unterstützungen andererseits.

Ist der Wohnungsbau tatsächlich unproduktiv? Nein. Er ist produktiv, er ist volkswirtschaftlich notwendig. Aus dieser Erwägung fordern die Gewerkschaften nach wie vor Förderung des Kleinwohnungsbaues. Die Entwicklung der letzten Zeit hat die Richtigkeit ihrer Befürchtungen bei Einschränkung des Wohnungsbaues bestätigt. Die Papen-Regierung verkennt die große Bedeutung des Wohnungsbaues für Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Volksgesundheit, sie wagt den sich hier bietenden Ausweg aus der Krise nicht zu gehen, weil sie die Wünsche der organisierten Hausbesitzer zu respektieren hat. Unser Ziel ist die Förderung des Kleinwohnungsbaues als wichtige Voraussetzung für die Arbeitsbeschaffung.

Kämpft dafür am 6. November!

besitzer noch die Möglichkeit, Zuschüsse von den Gemeinden für den gleichen Zweck zu erhalten. Außerdem können sie sich noch Befreiung von der Hauszinssteuer, die ja in Wirklichkeit der Mieter zahlt und der Hausbesitzer nur abführt, bewilligen lassen.

Schließlich darf nicht vergessen werden, daß die Inhaber von Altwohnungen in der Miete jährlich rund 1,2 Milliarden Mark für Instandsetzungsarbeiten zahlen, wovon aber bisher und wahrscheinlich auch in der Zukunft nur ein geringer Bruchteil seiner Zweckbestimmung zugeführt worden ist.

Rechnet man die Posten zusammen, so ergibt sich folgendes:

Instandsetzungsgelder in der Miete enthalten .. 1 200 000 000 M

Konsumgenossenschaften und Nationalsozialismus

Landauf, landab im ganzen Reiche geben sich die Nationalsozialisten als die größten Todfeinde der Konsumgenossenschaften, und nicht selten kann man Plakate und Flugblätter lesen mit der Knallzeile: „Tod den Warenhäusern und Konsumvereinen!“ Und in der Tat ist auch ihre parlamentarische Tätigkeit ganz auf diesen sinnlosen und verbrecherischen Kampf ruft eingestellt. Ja, die Nationalsozialisten können sich rühmen, in dem armen Thüringen eine Lohnsummensteuer eingeführt zu haben, die bei einem Gesamtaufkommen von 582 000 M allein den Konsumgenossenschaften rund 350 000 M für das letzte Jahr weggenommen hat. Daß dieses ganze volkswirtschaftlich, sozial und steuerrechtlich schmäbliche Verhalten einer „Arbeiterpartei“ lediglich Wahlspeck für den Mittelstand ist, geht aus einer Reihe von Verlautbarungen nationalsozialistischer Führer hervor, die man nur zu publizieren braucht, um den Mittelstand, dessen

Ermäßigung der Grundsteuer um 40 % in Form von Steuergutscheinen	400 000 000 „
Verlorene Reichszuschüsse für Instandsetzungsarbeiten (Notverordnung v. 4. 9. 32).....	50 000 000 „
Zuschüsse der Gemeinden zum gleichen Zweck und Befreiung von der Hauszinssteuer	50 000 000 „
Mietzuschüsse des Reiches zu Darlehen für Instandsetzungsarbeiten (Notverordnung v. 14. 6. 32)	5 000 000 „

Es sind also rund 1,7 Milliarden Mark für die Erhaltung des Altwohnraumes greifbar. Würde diese Summe, wie wir stets gefordert haben, tatsächlich zu diesem Zwecke verwendet, dann könnten sofort mindestens 500 000 Bauarbeiter Beschäftigung haben. Der Zentralverband der deutschen Haus- und Grundbesitzer sagt selbst in seiner Denkschrift „Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft durch Hausbesitz und Handwerk“, daß bei Gewährung eines Kredits von 300 bis 350 Millionen Mark für Instandsetzungsarbeiten etwa 400 000 Arbeiter unmittelbar und weitere 200 000 bis 300 000 bei Herstellung der notwendigen Baustoffe Arbeit finden könnten. Wenn trotz der erheblichen Mittel, die für die Arbeitsbeschaffung im Baugewerbe zur Verfügung stehen, die Arbeitsgelegenheit bisher nicht besser geworden ist, so liegt das nicht zuletzt daran, daß die Regierung, gewollt oder ungewollt, es unterlassen hat, sowohl bei den 1,2 Milliarden Mark Instandsetzungsgeldern, die in der Miete stecken, als auch bei den 400 Millionen Mark Steuergutscheinen, die ebenfalls dem Hausbesitz zugute kommen, die Bedingung zu stellen, daß nur der Anspruch auf diese Gelder hat, der auch wirklich damit Reparaturen bzw. Wohnungsteilungen ausführen läßt, also für Arbeitsgelegenheit sorgt.

Nach den Erfahrungen der Vergangenheit ist zu befürchten, daß ohne diesen Verwendungszwang das Geld nur in ganz geringem Umfange zur Arbeitsbeschaffung verwendet wird und zum größten Teil in den Taschen der Hausbesitzer verbleibt.

Dann dienen die unter der Parole „Belebung der Bauwirtschaft — Arbeitsbeschaffung“ von der Regierung zur Verfügung gestellten Gelder lediglich zu einer großzügigen Unterstützungsaktion der Hausbesitzer.

Trifft die Regierung nicht sofort Maßnahmen, damit diese 1,7 Milliarden Mark auch wirklich der Arbeitsbeschaffung im Baugewerbe zugute kommen, dann ist weder der daniederliegenden Bauwirtschaft zu helfen, noch der außerordentlich großen Arbeitslosigkeit in diesem Gewerbebezweige zu steuern. Die Not der Arbeiterschaft ist aber größer als die „Not“ der Hausagrarien.

Existenz bestimmt nicht von den Konsumgenossenschaften abhängig ist, davon zu überzeugen, daß der Nationalsozialismus bewußt prinzipiell und tatsächlich den Mittelstand des Handels zu vernichten droht, sobald er, der Nationalsozialismus, die Macht erlangt haben würde. Und wozu dann der Mittelstand wesentlich durch seine Kurzsichtigkeit beigetragen haben wird, wenn er sich nicht rechtzeitig besinnt. Einige chronologisch geordnete Tatsachen zeigen es deutlich:

1. In einer vom Reichstagsabgeordneten Feder, dem nationalsozialistischen „Theoretiker“ im Frühjahr 1932 in Ebingen (Württemberg) abgehaltenen Versammlung, erklärte er Handel, Verkehr und Geldwesen als „Aufgaben des Staates“, wodurch dem mittelständischen Handel die Grundlagen seiner Existenz prinzipiell entzogen werden.
2. In einem Bericht des „Staatsanzeigers für Württemberg“ über eine am

19. März 1932 in der Stuttgarter Stadthalle stattgehabte nationalsozialistische Werbeversammlung heißt es unter anderem: „SS.-Führer Himmler ... entwirft dann das Programm: 1. Hebung der Landwirtschaft durch das Verbot des Kaufs ausländischer Waren und durch „Ausschaltung des Zwischenhandels“.
3. „Der Völkische Beobachter“, Hitlers Leiborgan, enthielt in einer Septembernummer des Jahres 1930 folgendes Inserat: „In allen Städten Deutschlands werden Lebensmittelverkaufsstellen errichtet. Erforderlich sind 1000 M in bar. Geboten festes Gehalt von 200 M monatlich. Ausführliche Bewerbungen von nur Parteimitgliedern mit Kapitalnachweis werden berücksichtigt.“
4. Die Nationalsozialisten besitzen in ihrer Reichszeugmeisterei ein mächtiges Warenhaus, und der Verbrauch der sogenannten Sturmzigaretten wird den Parteimitgliedern zu einer moralischen Pflicht gemacht. Ein Mitglied der Partei, Scherer aus Kottbus, versandte an die Ortsgruppen ein Schreiben, in dem es heißt: „Eine große angesehene Tuchfabrik hat sich zum Ziele gemacht, ihre eigenen hochwertigen Erzeugnisse auf dem billigsten Wege dem letzten Verbraucher zuzuführen. Dies bedingt die möglichste Ausschaltung des Zwischenhandels, da durch diesen der Preis der Ware ganz erheblich verteuert wird.“ In dem Schreiben wird dann den Parteigenossen weiter empfohlen, die Erzeugnisse dieser Tuchfabrik, deren Inhaber Nationalsozialist ist, zu beziehen.
5. Dr. Buttman, der Vorsitzende der nationalsozialistischen bayerischen Landtagsfraktion wurde als Mitglied des Konsumvereins München „entdeckt“. Ob ihm diese „Entdeckung“

- sein Mandat gekostet hat, ist nicht bekannt geworden.
6. Dr. Frick, als thüringischer Minister „berühmt“ geworden, erklärte nach „Entdeckung“ seine Mitgliedschaft bei dem genannten Konsumverein seit dem Jahre 1922 (!) damit, daß er in den Läden des Privathandels keine Waren hätte bekommen können!
7. „Pg.“ Graf Reventlow schrieb schon am 19. April 1930 in seinem „Reichswart“: „Wir Nationalsozialisten erblicken im Bürgertum, wie es in Deutschland ist und sein will, etwas, das verschwinden muß, zum Untergang reif ist.“
8. „Pg.“ Georg Strasser, einer der prominenten Führer, der die große nationalsozialistische Pauke um die Macht schlagen darf, erklärt am 30. März 1930 in seinem Blatt „Der Nationalsozialismus“: „Es ergibt sich für unsern Kampf der Krieg gegen das Bürgertum als Feind des deutschen Sozialismus und Saboteur der nationalen Freiheit.“
- Da der Mittelstand sich in erster Linie zum Bürgertum rechnen darf, so wird er die entsprechenden Folgerungen aus den Äußerungen der führenden Nationalsozialisten zu ziehen in der Lage sein. Kommt noch hinzu, daß es im faschistischen Italien auch heute noch 3333 Konsumvereine mit nahezu 1 Million Mitgliederfamilien gibt, so kann der Privathandel im besonderen sich ausrechnen, was für ihn die „Todfeindschaft“ gegen Warenhäuser und Konsumvereine bedeutet. Jedenfalls kann er sich leichter mit der anständigen Konkurrenz der Konsumvereine auf Grund der vorhandenen mittelständischen Genossenschaften abfinden, als mit einer staatlichen Wirtschaftsdiktatur, die Leben und Existenz des italienischen Privathandels bedroht. Der Mittelstand wird am 6. November mit einem Hitlerschen Stimmzettel sich selbst eine Grube graben.

Solche Phantasien treiben in den Gehirnen dieser Unterweltmenschen und Deutschlands „Erneuerer“ ihr Unwesen. Dieser braunen Mordpest für immer den Faschistenspuk auszutreiben, ist am 6. November Gelegenheit. Darum wählt Liste 2: Sozialdemokraten!

Ende des Versorgungsstaates?

Herr Reichskanzler von Papen hat vor wenigen Wochen vor einigen tausend „notleidenden“ Vertretern des Bayerischen Industriellen-Verbandes unter ihrer begeisterten Zustimmung das Ende des herrschenden „Versorgungsstaates“ prophezeit. Nicht etwa, daß Herr Reichskanzler von Papen sich gegen die Subventionen unserer notleidenden Agrarier und Industriellen wendet; er ist beileibe nicht unsozial. Gegen diese Unterstellung wehrt er sich auf das entschiedenste. Er bekämpft nur die staatlichen sozialen Leistungen an die Kranken, Invaliden, Witwen und Waisen, und zwar auch nur deshalb, weil sie, wie er wörtlich in seiner Münchener Rede sagte, „die moralischen Kräfte der Nation zu schwächen drohen“.

Das deutsche Unternehmertum wird Herrn von Papen Dank wissen, daß er endlich den beachtenswerten Mut gefunden hat, das, was die Marxisten als sittliche Pflicht des Staates und die selbstverständliche Aufgabe jeder Kultur zu bezeichnen pflegen, unter Außerachtlassung „armseliger Parteirücksichten“ mit dem richtigen Namen zu nennen. Selbst wenn die fünf Millionen Invaliden, Witwen und Waisen, denen durch die Sozialversicherung in der Nachkriegszeit eine bescheidene Rente gesichert wurde, mit Hilfe der paar Mark Unterstützung ihr Leben fristen können: das Leben der deutschen Nation ist nach Meinung unserer heutigen Regierung jedenfalls durch diese Sozialunterstützungen moralisch bedroht.

Es wäre vermessen, wollte man annehmen, der Regierung wäre es nicht heilig ernst mit dem, was sie durch den Mund ihres Wortführers als Rettungsmaßnahme für die moralisch bedrohte deutsche Nation verkündet. Herr von Papen und mit ihm das deutsche Unternehmertum können versichert sein: die durch die Wirtschaftskrise schwer bedrückte Arbeiterschaft nimmt ihn fürchtbar ernst. Sie weiß, daß man ihr mit der Zerschlagung der deutschen Sozialversicherung, mit dem Zerstören unserer Sozialgesetzgebung eine der wichtigsten Errungenschaften jahrzehntelanger sozialer Kämpfe und der politischen Wirksamkeit der Arbeiterschaft im Nachkriegsdeutschland nimmt.

Vielleicht läßt sich Herr von Papen belehren, daß die Phrase vom Versorgungsstaat bei einem Volke, das in seinen überwiegendsten Teilen losgelöst von allem Besitz in abhängiger Arbeit steht, um das Problem einer staatlich geregelten Altersfürsorge nicht herumkommt, wenn es nicht die mittellosen alten Proletarier einem grenzenlosen Elend preisgeben will. Als vor ungefähr 50 Jahren die Grundlagen der deutschen Sozialversicherung gelegt wurden, gehörten noch 40 % der Bevölkerung der Landwirtschaft an. Heute ist der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung fast auf 20 % gesunken. Mit der Ausbreitung von Industrie und Handel ist die Proletarisierung der Bevölkerung immer stärker geworden. Nur noch ein Fünftel unseres Volkes wird man der wirtschaftlich Selbständigen zurechnen können, gegen zwei Fünftel vor 50 Jahren. Der alternde Mensch ist heute mehr denn je auf die gesellschaftliche Hilfe angewiesen und wird es in Zukunft in verstärktem Maße sein. Wir sind ein Volk, dessen ernsteste Sorge in den nächsten Generationen die Sicherung des menschenwürdigen Unterhalts der nicht mehr erwerbsfähigen Bevölkerung sein wird. Jahrzehntelang, und zwar bis zur Kriegszeit, betrug die Zahl der über 65jährigen Deutschen immer nur 5 %. Die geringere Sterblichkeit und die seit Jahrzehnten bereits abnehmende Geburtenzahl werden bereits in naher Zukunft den Anteil der älteren Jahrgänge in unserm Bevölkerungsbestand außerordentlich ansteigen

lassen. Bei ungefähr gleicher Bevölkerungszahl wie 1913 sind heute über 1,2 Millionen über 65jährige mehr vorhanden als vor dem Kriege. Bereits im Jahre 1940 wird sich die Zahl der über 65jährigen um eine weitere Million erhöhen; im Jahre 1950 wird sich diese Zahl gegen die Vorkriegszeit verdoppelt haben.

Angesichts dieser Tatsache will die Regierung den Mut haben, die Einrichtungen zu zerstören, die bereits in noch nicht 30 Jahren mehr als vier Millionen über 70jährige und mehr als sieben Millionen über 65jährige schon deshalb versorgen müssen, weil die herrschende unvollkommene wirtschaftliche Ordnung den jetzt Erwerbstätigen noch nicht einmal eine ordentliche Arbeitsstelle, geschweige denn ein ausreichendes Einkommen sichern kann. Oder sollten die abgebauten Arbeitslosenunterstützungssätze nach Meinung des Herrn Reichskanzlers so ausreichend sein, daß jeder Arbeiter durch Rücklagen für sein Alter selbst vorzusorgen in der Lage ist? Die Millionen Arbeitslosen und die, die bei kümmerlichen Löhnen von der Hand in den Mund leben, sollen der staatlichen Altersfürsorge in der Form ausreichender Sozialversicherungsleistung nicht teilhaftig werden, weil ihre Rentenansprüche die „moralischen Kräfte der Nation zu gefährden drohen“?

Die großen Worte vom unmoralischen Versorgungsstaat, den Herr Papen durch eine „wahre christliche Volksgemeinschaft“ abzulösen bestrebt ist, sind Deklamationsphrasen einer seit Jahren im Angriff stehenden, bisher nur besser maskierten sozialen Reaktion. Die Fronten sind klar. Die am 6. November zur politischen Entscheidung an die Wahlurne tretenden Wähler werden ihre Ansprüche an den Staat zu verteidigen wissen. Sie werden kämpfen für ausreichende Altersversorgung durch Wahl der Liste 2.

Freiheit und Gerechtigkeit

Schwer wiegt das Wort Freiheit, das sich herauskämpft aus der bedrückten Seele. Noch aber ist die Freiheit überwuchert von der barbarischen Sklaverei und immer in Gefahr, vernichtet zu werden. Die nach Erlösung schreienden Kräfte liegen noch in Ketten, und mit ihnen auch wir: wir Menschen der Arbeit, wir Werkvolk der Zeit!

Wir alle atmen von gleicher Luft und trinken das gleiche Wasser. Wir alle werden gezeugt und in Schmerzen geboren; aber wenn wir das verheißende Licht der Welt erblicken, dann liegen um uns schon die Bande der Unfreiheit, der Unterdrückung. Kaum fallen wir die ersten Laute, dann werden wir geschulmeister, werden wir beherrscht — bis wir an unserm Lebensziel, müde und matt, zum letztenmal die schwachen Augen öffnen. Immer umgeben uns herrschende und beherrschende Menschen. Aber das Werkvolk der Welt schreit nach der Größe der persönlichen Freiheit, die mehr wiegt als alle Ketten der Unterdrückung.

Der Schrei nach Freiheit geht schon Jahrhunderte über den Erdball, aber die ihn hören sollten, blieben stumm. Jene

Der Illusionist!

**Ich bin der Trommler Hitler,
Ich komme mit gefüllter Hand
Als patentierter Glücksvermittler:
Mit rassereinem Augensand!
Ich bringe jedem, was er will,
Ich gehe frisch zu Werke,
Ich schlage täglich Schaum;
Denn dies ist meine Stärke:
Der — der Erfüllungstraum!
Der Mieter kriegt gesenkte Mieten,
Erhöhte heißt's dem Hauswirt bieten,
Dem Bauer wird der Zoll serviert,
Den ich vorm Städter attackiert,
Dem Arbeitsmann winkt Lohnerhöhung,
Dem Unternehmer Rückwärtsdrehung!
So hetz' ich jeden gegen jeden,
Um meinen Wahlteig durchzukneten!
Und finde stets den rechten Ton —
Hauptsache ist: die Illusion!
Am Ende aber, das ist klar,
Ein jeder der Betrog'ne war!
Die Konsequenz des Wählers sei:
Schlagt den Betrüger! Liste Zwei!**

Der wahre Geist der Nazibewegung

In letzter Zeit hat die Reichsleitung der NSDAP. eine Neugliederung des gesamten Organisationsapparates vorgenommen. Bei einer „Amtswalter“-Tagung des Gaues Groß-Berlin, die aus Anlaß der Neugliederung des Organisationsapparates abgehalten wurde, kam es während der Rede Dr. Goebbels zu einem bezeichnenden Zwischenfall. Als Goebbels erklärte, die Nationalsozialisten hätten Zeit, sie hätten lange genug gewartet und könnten auch noch weiter warten, ertönten von den Standartenführern Zwischenrufe, wie:

„Die SA. nicht länger! Das sagen die Leute mit den Diäten, die Herren politischen Führer!“

Obwohl einer der anwesenden Oberführer die erregten Zurufer zu beschwichtigen suchte, fiel noch die Äußerung:

„Die politischen Führer werden jetzt ja auch bezahlt, die können ja auch warten. Unsere SA.-Männer verrecken aber inzwischen!“

Die Anordnung in Ziffer 62 der neuen Dienstvorschrift für die Parteioorganisation der NSDAP. vom 15. Juli 1932: „Reibungslose Zusammenarbeit im Dienst der Sache unter Ausschaltung kleinlicher Eifersüchteleien usw. ist Pflicht für SA.-Führer und politische Leiter“, scheint demnach noch nicht überall befolgt zu werden.

Auch sonst hat die Leitung der NSDAP. schwere Sorgen. Wir meinen die Uniformierung der „Hoheitsträger“. Nach Ziffer 131 der erwähnten Dienstvorschrift versteht die NSDAP. unter den „Hoheitsträgern“ jene Amtswalter, die die Befehlsgewalt in der Parteiorganisation (kurz PO.) ausüben. Hierzu gehören: der Führer, der Reichsorganisationsleiter, die Reichsinspektoren, die Gauleiter, die Kreisleiter, der Stützpunktleiter, der Zellenwart und der Blockwart.

Die Dienstvorschrift für die PO. der NSDAP. behandelt in Ziffer 159 bis 185 mit einer geradezu lächerlichen Aus-

föhrlichkeit den Dienstanzug der Amtswalter der NSDAP. Die Zweigstelle Süd der „Zeugmeisterei“ der NSDAP. hat dazu eine Sonderpreisliste über die Abzeichen für die PO. der NSDAP. herausgegeben. Die Abzeichen für „Hoheitsträger“ sind im Preis je nach Rang verschieden. Für den Stützpunktleiter bzw. Zellenwart kostet die Erkennungsmarke 4 M und steigt bis zum höchsten „Hoheitsträger“, den Reichsleitern, auf 22,60 M. Der Osaf wird seine Erkennungsmarke wohl umsonst bekommen. Vermutlich hofft man auf diesem Wege, die Wirtschaft am raschesten auf die Beine zu helfen und einstweilen den Grund zu legen für die Ordensindustrie des Dritten Reiches.

Ziffer 152 bis 158 regeln die Grußpflicht. „Der Parteigenosse grüßt jeden durch Abzeichen des Dienstanzuges erkennbaren Amtswalter zuerst, ganz gleich, ob er älter ist.“ — „Der niedere Amtswalter grüßt den höheren.“ — „Der Hoheitsträger ist im Range dem Stabswartler in der nächsthöheren Dienststelle gleichgestellt.“

Der Größenwahn dieser Gesellschaft steigert sich ins Grotteske, wenn man noch erfährt, daß der Osaf „anordnet“, ein Wehrpolitisches Amt und ein Kolonialreferat einzusetzen. Welche neuen Möglichkeiten bieten sich da einer geschäftstüchtigen Feldzeugmeisterei! Daß sie geschäftstüchtig ist, beweist Ziffer 183 der Dienstvorschrift:

„Das Verdienstabzeichen soll zum Ausdruck bringen, daß die Zugehörigkeit zur NSDAP. ein Verdienst um Volk und Vaterland ist, und daß dieses Verdienst um so größer ist, je früher das Mitglied der Partei beiträgt. Wer nach der Machtergreifung kommt, darf das Verdienstabzeichen nicht mehr tragen, der ist genug gekennzeichnet.“

Ziffer 14 der Dienstvorschrift begründet knapp und überzeugend die „ungeheure“ Bedeutung der Abzeichen für den deutschen Wiederaufbau durch die NSDAP.:

„Wenn die Idee die Leistung zum Prinzip erhebt, kann die Organisation nicht alles gleichmachen.“

jedoch, denen der Ruf nach Freiheit das Vorrecht ihrer Herrschaft nehmen sollte, sie hörten die Forderungen der Volkseelen — und unterdrückten aufs neue Millionen.

So zieht das 20. Jahrhundert durch die weiten Hallen der Zeit. Es schreitet über die Opfer der kapitalistischen Wirtschaft, geht vorbei an den armen Hütten der leidenden Menschheit; hört aber nicht aus ihnen die bitteren Rufe nach Brot und — Leben . . .

Krüppel, Kranke und im Elend vergehende Menschen; Riesenbauten von Fabriken, Prunkpaläste, dichtgefüllte Kaffeehäuser, tönende Vergnügungstätten und eine Menschheit in Not — das ist das Angesicht der Zeit, die brutal und rücksichtslos gegen die wachsende Armut ist!

Wer wagt es, bei all dem Widerwärtigen, Ungleichen und Unsozialen noch von Gerechtigkeit und Menschlichkeit zu reden? — Hungern nicht die Armen, damit die Reichen prassen können? Sterben nicht die einen, damit die andern leben können? Millionen schaffen, aber nur wenige rafften und füllen die Scheuern und Geldschränke. Doch weiter hastet die Zeit . . . Weiter durchhallen die Anklagerufe nach Freiheit und Brot die Welt. Zwischen den Ozeanen stöhnen Millionen das harte Lied der Arbeit in Not. Aber noch tragen sie alle in ihren Händen die Fackeln der Hoffnung und in ihren Herzen den Glauben an eine bessere Zukunft. Sie könnten die alte Welt in Brand legen, damit das Morsche verschwindet, damit der Kapitalismus erstickt an all seinem Gold und seinen Besitztümern. Doch wer ist der Gott der Entrechteten, der diese ganze Menschheit führen kann? Wo lebt das Volk der allmächtigen Gerechtigkeit, das in Liebe und Solidarität der Menschheit der Erde die große Lehre der Befreiung, des Sozialismus, künden kann?

Wir alle, vereint in unsern Organisationen, sind Führer des Volkes, das am Haus der Zukunft baut. Sind Kündler einer neuen Epoche im Schicksal der Völker. Stein um Stein fügen wir zum Bau der weltlichen Freiheit zusammen, um in emsiger Arbeit das Neue gestalten zu können.

Schon steht das Haus der Zukunft auf sicheren Fundamenten; denn seinen Oberbau werden die Organisationen der schaffenden Menschheit tragen. Wenn auch die Stürme der Welt an den Fundamenten zausen, wenn auch die Gegner die Zähne fletschen: die Freiheit darf und wird nicht sterben, weil Millionen ihr Zeichen verstanden haben! Ihr Ruf wird weiter die Welt durchzittern, damit das Echo hineindringt in die Hirne der Leidenden dieser Erde, damit aus aller Not eine Generation erstehet, die gläubig für die Freiheit wirkt; denn nur der wird ihrer würdig sein, der sie sich erkämpft!

Willst nicht auch du, Kamerad des Lebens, in diesem Kampf deinen Mann stehen? Willst nicht auch du mitmarschieren in der gewaltigen Armee um Arbeit, um Freude, um Zukunft?

Jugend am Scheidewege

Es ist das tragische Geschick der heutigen Jugend, daß sie von den wirksamen und gestaltenden Kräften der Gesellschaft nur ein Zerrbild empfängt. Sie ist noch nicht erfahren genug, um die Zusammenhänge zu erkennen und deshalb häufig nicht instande, Ursachen und Wirkung zu unterscheiden und richtig zu werten. Die Jugend ist daher ein beliebtes Objekt der politischen Demagogie.

Die Jugend wird heute von allen Seiten umworben. Die politischen Demagogen nutzen die Leichtgläubigkeit der Jugendlichen für ihre Zwecke aus. Es scheint das Schicksal des Menschengeschlechts zu sein, daß es aus der Erfahrung wenig Nutzen zu ziehen versteht. Jede Generation muß ihren Lebensstil selber finden und erkämpfen, so will es anscheinend ein ungeschriebenes Gesetz des Lebens. Auch die Jugend, die im Weltkrieg geboren wurde — also die heute 14- bis 20jährigen —, muß durch diese Entwicklung hindurch. Ihre Aufgabe ist nicht leichter und schwerer als die der vorangegangenen Generationen. Die heutige Jugend wird aus dem chaotischen Weltbild unserer Zeit, wo sich alles in einer

Umwertung befindet, Nutzen ziehen, wenn sie sich nicht in einen radikalen Pessimismus verliert, sondern in der Entwicklung zu einer höheren Lebensform der Menschheit unentwegt mitarbeitet. Es besteht kein Zweifel, daß diese höhere Lebensform allein der Sozialismus sein wird, wie ihn die freien Gewerkschaften vertreten. Der große Krieg hat diese natürliche Entwicklung nur unterbrochen. Der Mensch der Zukunft wird aber lernen, Kriege unmöglich zu machen.

Aber auch die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und die Versklavung des arbeitenden Menschen durch die Maschine wird der Sozialismus überwinden, um so schneller, je eher die Arbeiter zum Bewußtsein ihrer gesellschaftlichen Macht kommen.

Wer in Arbeit steht, lernt früher den Mechanismus der kapitalistischen Gesellschaftsordnung kennen. Er sieht bald ein, daß er als einzelner gegen den Besitzer der Maschinen und Produktionsmittel nicht ankommen kann. Er mag aufbegehren soviel er will, er bleibt doch immer der Dumme. Fügt er sich nicht, dann „fliegt“ er und ist der Not und dem Elend preisgegeben. Hunger tut aber weh. Also fügt er sich, wenn auch mit tiefem Groll im Herzen.

Andererseits, was wäre der Unternehmer ohne die Arbeiter? Der Arbeiter ist es, der Maschinen baut und bedient, der aus den Naturstoffen unserer Erde die herrlichsten Dinge hervorzaubert. Der Arbeiter!

Es gehört nicht viel Verstand dazu, zu begreifen, daß die Arbeiter eine riesige Macht sind, aber nur dann, wenn sie einig sind im Wollen und Handeln. Wenn die Arbeiter sich also zusammenschließen und gemeinsam, das heißt organisiert auftreten, müßte sich der Unternehmer, der Besitzer der Werkzeuge und Maschinen, beugen.

Erinnern wir uns: Wie sagen die Kapitalisten den Arbeitern und namentlich den unerfahrenen Jugendlichen, daß es Volksverräter, vaterlandslose Gesellen seien, die so etwas behaupteten. Die Welt sei immer so gewesen und werde es bleiben. Ja, einer von ihnen sagte sogar: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben.“ Aber, so sagen wir, nur wo es Herren gibt, da gibt es auch Knechte. Die Kenntnis von diesen Zusammenhängen erwirbt sich der Arbeiter bald im Betriebe aus eigener Erfahrung.

Schlimmer ist es bei den jugendlichen Erwerbslosen, die solche Erfahrungen aus der Praxis der kapitalistischen Wirtschaftsordnung noch nicht machen konnten. Sie kennen ja zum Teil noch nicht einmal das beglückende Gefühl der Arbeit. Sie kennen nicht gewerkschaftliche Organisationen und Solidarität der Tat, um in gewissem Grade unabhängig zu sein gegenüber der Willkür unserer Zeit. Deshalb glauben sie an eine Welt voller Wunder, deshalb vertrauen sie blindlings gerissenen Demagogen, deshalb sind sie so häufig das Opfer ihrer Leichtgläubigkeit.

Aufklärung kann vieles, doch stärker wirkt das eigene Erlebnis und die eigene Erfahrung.

Jugend am Scheidewege! Es ist nicht schwer, zu entscheiden, wohin sich die arbeitende Jugend zu stellen hat. Früher oder später, einmal erkennt sie, daß ihr gegebener Platz an der Seite der kämpfenden Arbeiterschaft ist. Millionen stehen schon in einer Front. Der Sozialismus ist kein Fernziel mehr, er ist praktische Wirklichkeit in dem Augenblick, in dem alle arbeitenden Menschen, junge und alte, solidarisch zusammenstehen und sich die Hand zum Bunde reichen.

Das Volk soll über den Brotpreis entscheiden

Der Preisstand landwirtschaftlicher Produkte liegt in Deutschland wesentlich über dem Weltmarktpreis. Durch unübersteigbare Zollmauern werden Getreide, Fleisch usw. riesig verteuert. Der

Zuschuß, den die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung in Deutschland an die Landwirtschaft zahlt, dürfte sich jährlich auf zwei Milliarden Mark stellen. Doch die Zollpolitik allein ist nicht Ursache der Verteuerung. Im Zwischenhandel und im Lebensmittelgewerbe werden auch noch ganz anständige Summen verdient. Kürzlich hat die Reichsforschungstelle für landwirtschaftliches Marktwesen festgestellt, daß die Bruttoverdienstspanne der Bäcker gegenüber dem Durchschnitt des ersten Halbjahres 1932 beim Brot um 9 % und beim Weizengebäck um 6 % höher war. Die Bäckermeister haben also einen nicht geringen Mehrverdienst ruhig eingesteckt, ohne die Bevölkerung an den durch die Markttage verbilligten Mehlpriessen teilnehmen zu lassen. Das Bäcker- und Konditoren-gewerbe scheint überhaupt zu den gesunden Gewerbe-zweigen zu gehören. Von den 95 886 Mitgliedern, die der Spitzenorganisation der Bäckermeister angehören, sind 69 965 Hausbesitzer. Der Anteil der Hauseigentümer mit 73,3 % im Bäckergewerbe ist bestimmt höher als bei andern handwerksmäßigen Berufen. Ueber all diese Dinge entscheidet letzten Endes die politische Macht. In einem demokratischen Gemeinwesen geht einer der Wege zu diesem Ziel über das Parlament. Am 6. November wird neben anderem auch darüber entschieden, wie die Lebensmittelpreise in Deutschland in der Zukunft gestaltet werden sollen. Wer für eine Senkung der Lebensmittelpreise ist, der muß Liste 2 wählen.

Reichstag und Lohntüte

Auf ein paar Mandate mehr oder weniger kommt es nicht an? Im Gegenteil! Die sozialen Kämpfe werden entscheidend beeinflusst von der Stärke der politischen Vertretung der Arbeiterschaft. Das beweisen die folgenden paar Zahlen:

Ein Facharbeiter erhielt im Reichsdurchschnitt

	an tariflichem Stundenlohn	an Arbeitslosenunterstützung
1924 . . .	70 ₤	etwa 6 M pro Woche
1929 . . .	103 „	„ 20 „ „
1932 . . .	80 „	„ 9 „ „

Im Deutschen Reichstag saßen

	SPD- Abgeordn.	KPD- Abgeordn.	NSDAP- Abgeordn.
1924	100	62	32
1929	153	54	12
1932	133	89	230

Mit wachsenden Nazi-Mandaten fielen der Lohn und die Arbeitslosenunterstützung. Das Unternehmertum hat die Schwächung der Sozialdemokratie und das Ansteigen der Nationalsozialisten im Reichstag gut zu nutzen verstanden. Stärkt deshalb den Einfluß der Sozialdemokratie im Reichstag durch Wahl der Liste 2.

Internationale Nachrichten

Die Forderungen der französischen Gewerkschaften

Am 22. Oktober wurde bei einer Sitzung der Pariser Handelskammer folgende Resolution ausgearbeitet:

„Die Pariser Handelskammer wendet sich dagegen, dass die Frage der 40-Stunden-Woche auf der Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz des Jahres 1933 stehen soll.

Sie verlangt, der französische Delegierte bei der Konferenz im Januar 1933 solle sich kategorisch jedem Projekt eines Abkommens oder einer Empfehlung zwecks Einführung der 40-Stunden-Woche in die französische Gesetzgebung widersetzen; ausserdem soll das Parlament den von dem sozialistischen Kammerabgeordneten Evrad und mehreren seiner Kollegen ausgearbeiteten diesbezüglichen Gesetzesvorschlag unbedingt ablehnen.“

Diese Resolution ist die Antwort der französischen Arbeitgeber auf die Tagung des Bundesausschusses des Allgemeinen Französischen Gewerkschaftsbundes, die am 5. und 6. Oktober in Paris stattfand.

Nur Liste Zwei!

Es geht um die Zukunft!
Nur Liste Zwei!
Es geht um die Freiheit!
Nur Liste Zwei!
Es geht um die Arbeit!
Nur Liste Zwei!
Um eure Kinder!
Nur Liste Zwei!
Um eure Rechte!
Nur Liste Zwei!
Um Lohn und Brot!
Nur Liste Zwei!
Um euer Leben!
Nur Liste Zwei!
Um dich, um mich!
Nur Liste Zwei!
Und immer wieder:
Nur Liste Zwei,
Sozialdemokraten! th.

Auf dieser Sitzung in Paris wurde die baldige Einführung der 40-Stunden-Woche national und international verlangt und für noch wichtiger erklärt als die Forderung des Achtstundentages. Denn die Gewerkschaften verlangten den Achtstundentag, um den Arbeitern mehr freie Zeit zu gönnen; die 40-Stunden-Woche aber soll umgekehrt die Arbeiter der unfreiwilligen freien Zeit entreissen. Léon Jouhaux, der Führer des Allgemeinen Französischen Gewerkschaftsbundes, erklärte dazu in der Sitzung des Bundesausschusses, die nur zweimal im Jahre stattfindet: „Die Forderung der Einführung der 40-Stunden-Woche beruht auf einem unstreitbaren Rechtsprinzip: Der wissenschaftliche und technische Fortschritt darf nicht von einigen wenigen Individuen ausgenutzt werden, sondern die Volksgesamtheit muss davon Nutzen haben, und besonders der, der den Fortschritt schafft: der Arbeiter. Jedem technischen Produktionsfortschritt muss eine entsprechende Verringerung der Präsentzeit des Arbeiters folgen. Keinesfalls darf bei Einführung der 40-Stunden-Woche der Lohn herabgesetzt werden, und wir können uns nicht damit zufrieden geben, wenn sich das Ministerium prinzipiell mit ihrer Einführung einverstanden erklärt, diese aber davon abhängig machen will, dass sie international durchgesetzt werde.“

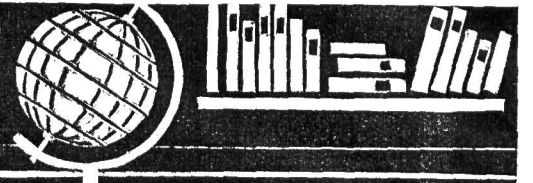
Auf der Tagung des Bundesausschusses wurde ein Beschluss angenommen, durch den weiterhin die Ausführung grosser nationaler und internationaler Arbeiten zur Beschäftigung der Arbeitslosen verlangt wird, da nur durch ein internationales Abkommen über neue Arbeiten ein Ausgleich zwischen den industriellen und den landwirtschaftlichen Ländern geschaffen werden könne, und da die Inangriffnahme internationaler Arbeiten der Industrie, allerdings dann unter Kontrolle der Volksgesamtheit, einen neuen Aufschwung verschaffen und den Völkern das gegenseitige Sichkennenlernen ermöglichen könne. Durch eine internationale Kredit- und Münzpolitik unter der Leitung eines internationalen Organismus könnten die Mittel dazu aufgebracht werden.

Wie beim Allgemeinen Französischen Gewerkschaftsbund üblich, entspann sich auch wieder eine längere Debatte über die Frage, ob Léon Jouhaux bei der Genfer Völkerbundsversammlung das Mandat, Delegierter der französischen Regierung zu sein, niederlegen solle oder nicht. Angesichts der Schwäche des Völkerbundes halten es manche Gewerkschaftsmitglieder für richtig, Jouhaux solle nicht mehr nach Genf gehen, falls die Abrüstungskonferenz misslinge. Jouhaux antwortete darauf: „Welches sind die Aufgaben der Arbeiterklasse? Sie muss durch ihre zuständigen Gewerkschaftsinstanzen alle Massnahmen ergreifen, um auf eine Kriegserklärung durch den Generalstreik zu antworten, noch bevor der Waffenkonflikt eine Tatsache geworden ist. Misslingt nun die Abrüstungskonferenz, so hat ja der Völkerbund überhaupt eine entscheidende Niederlage erlitten, und dann braucht man schon deshalb nicht mehr nach Genf zu gehen, da dann Genf selbst seine Ohnmacht konstatiert haben würde.“ Diesen Erklärungen stimmte der Bundesausschuss einmütig bei. K. L.

Jubiläums-Verbands-Taschenkalender 1933

Der Verbands-Taschenkalender 1933 ist als Jubiläumsausgabe herausgegeben worden. Bestellungen sind umgehend bei den Zahlstellenvorständen aufzugeben. Der Preis ist erheblich herabgesetzt. Der Kalender kostet 45 Pfennig.

UNTERHALTUNG WISSEN



Die Schnorromanen oder Braune Bettlerwinseindichan

Im ganzen Land stehen die braunen Heldenknaben, Adolfs Schnorrbüchsen in der Hand, und nehmen den Bettlern das Brot weg.

Diese häßliche Beschäftigung der Nazi-Geldabtreiber ist stets von mehr oder weniger markanten Ausrufen begleitet, die das Volk abschließend in seiner witzigen, schlagkräftigen Weise kommentiert.

„Gebt für den Kampffonds der NSDAP.“
„Damit Ihr die 1 Million Kautions für Euren Lahusen wieder zurückbekommt!“
schrillt eine breite Stimme höhnisch dazwischen.

„Helft der SA.“
„Damit sie sich Revolver kaufen kann, um uns zusammenzuknallen!“

„Jeder Pfennig hilft!“
„Deutschland kaputtzumachen!“
„Füllt die Büchsen!“
„Mit den Anklagen der von Euch Nazi-Hochstaplern betrogenen Rentner und Erwerbslosen!“

„Helft uns siegen!“
„Auf daß die Totengräber wieder Ueberstunden machen müssen!“

So geht es stundenlang. Die Schnorromanen haben den kürzeren Atem.

Alles lacht sie aus. Und da steh'n sie nun, Triumphatoren mit überzogenem Postscheckkonto, und winseln die Vorübergehenden an:

„Geben Sie uns für den Wahlkampf!“
„Was?“ meint da ein derart rührselig angegangener Zeitgenosse, „der pleitegehende Trommler in der braunen Hundehütte kommt ausgerechnet zu mir? Soll er doch zu seinem Wilhelm nach Doorn oder zum Pg. Thyssen gehen!“

K.-Bl.

Arbeiten um der Arbeit willen?

Einmal klaubte in irgendeinem Kapitalistenblatt jemand auseinander, daß es ein „marxistischer Dreh“ sei, Menschen ohne Arbeit als Erwerbslose zu bezeichnen. Menschen ohne Arbeit seien Arbeitslose!

Da in der täglichen Umgangssprache die zwei Wörter Arbeitslosigkeit und Erwerbslosigkeit unbedenklich zur Bezeichnung eines Zustandes, eines Uebels gebraucht werden, könnte man meinen, es handle sich hier wieder einmal um eine sprachliche Haarspalterei. Wie irrig diese Annahme wäre, zeigt eine nähere Betrachtung.

Der Entdecker des „marxistischen Drehs von der Erwerbslosigkeit“ — ich weiß nicht, wie er heißt, aber er könnte ebensogut wie anders auch „Schlaumeier“ heißen — stellt eine Tatsache heraus, die der ganzen Schlaumeierei rechterhand so lieb- wie unliebsam ist, nämlich die Tatsache, daß in der kapitalistischen Welt Arbeitslosigkeit und Erwerbslosigkeit nicht gleichinhaltliche Begriffe sind! Ueber den Zustand, in den heute allein bei uns schon Millionen Menschen geraten sind, sagt „Arbeitslosigkeit“ nur die Hälfte von dem aus, was „Erwerbslosigkeit“ aussagt! Und die Kapitalisten wollen und können — (das heißt das „Können“ haben sie erst noch zu beweisen!) — eben auch nur eine Hälfte des üblen Zustandes zu beseitigen, die Hälfte nämlich, von der das Wort „Arbeitslosigkeit“ aussagt!

„Arbeitslosigkeit“ heißt: ohne Arbeit.
„Erwerbslosigkeit“ heißt: ohne Arbeit und ohne Verdienst — ohne Arbeitsverdienst!

Nun sind unsere Kapitalisten doch noch stets lieber Arbeitgeber als Verdienstgeber gewesen — man stelle sich vor: Verdienstgeberverband... — deshalb ist für sie das Problem: die Arbeitslosigkeit; deshalb ist für sie der Mensch ohne Arbeit ein Arbeitsloser, und deshalb ist für sie die Erwerbslosigkeit ein „marxistischer Dreh“!

Arbeitsdienst? — Ja!
Arbeitsverdienst? — Also da wären wir schon wieder mal bei der Lohnfrage angelangt...

Das ist der öde Materialismus der Marxisten, nie können sie vom Arbeiten reden, ohne nicht sofort auch aufs Verdienen zu kommen...

Welch eine hohe, edle Auffassung von der Arbeit haben im Gegensatz zu den marxistischen Sozialisten doch die nationalen „Sozialisten“! Sie predigen und fördern die Liebe zur Arbeit, sie haben vor, dem Volke das Arbeiten um der Arbeit willen beizubringen, sie schaffen eine neue, nationale Arbeitsethik!

Nanu, also! — Aber...
Aber was ist in einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung gleich welchen Stadiums das „Arbeiten um der Arbeit willen“? Es ist das zur sittlichen Forderung erhobene Verlangen der Arbeitgeber, die Lohnfrage zu einer Nebenfrage zu machen!

Demgegenüber stellen wir die Forderung nach der Befreiung der Arbeit! Diese ersehnen, erstreben, erkämpfen wir, weil einzig nur durch sie die Arbeit zu ihrem höchsten Wert und Sinn gelangen kann.

Was ist uns heute die Arbeit?
Eine schon für Millionen nicht mehr vorhandene Gelegenheit, uns durchs Leben zu fristen, unerträglich herabgewürdigt durch die Profitsucht des Kapitalismus.

Was sie uns sein könnte, werden soll und werden wird, das hat wohl schon jeder von uns gefühlt, erlebt!

Ich weiß von vielen wie von mir von Zeiten: Wochen, Tagen, Stunden, an denen in einem sang und klang das Hohe Lied der Arbeit!

Irgendeine kleine Freude, eine helle Gemütsstimmung ließ uns alles Bedrückende, Hemmende vergessen, oder: ein jähes Kraftgefühl überkam uns, oder: eine höhere Notwendigkeit gab unserer Arbeit plötzlich einen höheren Sinn —

Hei, die Maschinen rasten nicht schnell genug! Schneller, schneller, schrie alles in uns! Die Fäuste am Hebel, standen wir, Stahl unter Stahl, Glut unter Glut, Kraft unter Kräften, Beherrscher über Beherrschtem...

Die Stunden verflogen, wir bestanden!
Die Stunden verflogen, wir bestanden...

Wir rissen Baugrund auf. Die Sonne brannte. Der Schweiß zog breite Rinnen über die verstaubte Haut. Schaufel um Schaufel Erde federte über den Rand. Die Spitzhacken schwirrten durch die Luft, brachen tief ein in den Boden, Brocken um Brocken lösend — hei! Sonne oder Regen? Schweiß oder Kälte? — Uns hatte die Arbeit!

Die Stunden verflogen, wir bestanden...
Was wäre da alles noch zu erzählen! Fragt sie, die schaffenden Menschen! Laßt sie ihre Erinnerungen vor euch ausbreiten! Alle wissen sie von solchen Zeiten zu erzählen, alle.

Aber dann, bei einem plötzlich, beim ändern langsam, erstarb das. Aus ebenso bösen, wie begreiflichen Gründen.

Da standen mit einem Male in dem Werke Leute neben einem, maßen die Leistungen, notierten sie, machten sie zur Norm, kürzten den Lohn, zwangen den schwächeren, den abgerackerten, den alten Kollegen dieselben Leistungen ab —

Aus! —
Draußen, auf dem Bau reckte man sich einmal gerade, Luft zu schöpfen, schon wurde man mit lauten, harten, ungerechten Worten geduckt —

Aus! —
Oder, man sah einmal von seiner Arbeit auf, und der Blick fiel auf einen abgearbeiteten, erbarmungslos ausgepowerten Menschen und dann stieg vor einem visionär das Bild der eigenen Zukunft auf —

Aus! —
Oder das Gespenst der Erwerbslosigkeit schlich durch den Betrieb —

Aus! —
Ach, und was gibt es sonst noch alles, das abwürgt, entmutigt, verbittert müde macht! Einmal ist unweigerlich alles aus. Um solcher Arbeit willen arbeiten?

Nein — nein — tausendmal nein!
Unfrei werden, gejagt, gehezt? Und stets am Rande hinleben, am Elendsrande?

Nein — nein — tausendmal nein!
Befreit die Arbeit, gebt ihr Wert und Sinn! Wer will, kann uns mühelos verstehen, wer uns versteht, kann uns nicht beschimpfen und bekämpfen! Er muß begreifen, daß der Kampf um Lohn und soziale Verbesserungen kein öder, „marxistischer Materialismus“ ist, sondern der einzige Weg die Arbeit zu erlösen, zu entfesseln, freizumachen für höhere, höchste Aufgaben! Haben wir das erreicht, dann wird das freischaffende Volk gigantische Leistungen vollbringen, die der Welt ein neues, schöneres Gesicht geben werden. Dann wird sittliche Forderung sein: Arbeiten, um des Menschen, um der Menschheit willen!

Tut, ein Wirker.

Ein neues Reisebuch

bringt die Büchergilde Gutenberg im 3. Quartal 1932 heraus: „Jagd durch das tausendjährige Land“ von Armin T. Wegner, in Leinen gebunden 2,70 M. Dieses mit vielen Bildern ausgestattete Buch beweist erneut den Wert der dichterisch beschwingten Reportage. Armin T. Wegner weiß so fesselnd von seiner Reise durch Palästina zu erzählen, daß schon allein durch die Art der Darstellung sein Buch weit über alle Beschreibungen von „Land und Leuten“ hinausgerückt wird. Aber es ist nicht nur das atemberaubende Tempo dieser Reise und seiner Erzählung, es sind nicht nur die beständigen Strapazen des Abenteurers, die den Leser fesseln, es ist vielmehr das tiefe Wissen von den Dingen und von den Menschen, und dieses Wissen wurde nicht auf einer flüchtigen Reise erworben. Armin T. Wegner kennt Palästina schon von früher her, er weiß von der Geschichte dieses Landes, vom Aufbau einer neuen Kolonisation, von dem Entstehen eines neuen nationalen Bewußtseins einer gejagten Rasse und von den Zusammenstößen, die sich aus dem Eindringen des Neuen mit den alten Verhältnissen ergeben mußten. Das besonders Wertvolle an diesem Buch ist, daß wir auch von den Arbeitsverhältnissen und von den politischen Problemen in diesem Lande erfahren. Es sind also nicht nur aufregend und bunt bemalte Kulissen, die der Verfasser am Auge des Lesers vorüberziehen läßt, sondern er läßt auch hinter die Kulissen der farbigen Außenwelt blicken. Die Büchergilde Gutenberg hat mit dieser Neuerscheinung die wertvolle Reihe ihrer Reisebücher und populärwissenschaftlichen Darstellungen um einen interessanten Gegenstand und ein schönes Buch bereichert.

20 Milliarden Mark für jährliche Rüstungen

Trotz des beispiellosen Elends, mit dem die Welt kämpft, blüht ein Zweig unentwegt weiter: das ist der Militarismus. Die jährlichen internationalen Rüstungen beziffern sich nach dem von der New York Trust Co. herausgegebenen „Index“ auf 5 Milliarden Dollar. Im Fiskaljahr 1930/31 wurden aufgewendet: Deutschland 170,4 Millionen Dollar (gegen 465,5 im Etatjahr 1913/14, mithin minus 63 %), Großbritannien 535 (375,1, plus 42 %), Frankreich 455,3 (348,7, plus 30 %), Italien 258,9 (179,1, plus 44 %), Japan 242,1 (95,5, plus 142 %), Rußland 579,4 (447,7, plus 30 %), Vereinigte Staaten 727,7 (244,6, plus 197 %). Mit den ebenfalls nicht geringen Rüstungsausgaben der

übrigen Staaten ergibt sich die gewaltige Summe von rund 5000 Millionen Dollar oder mehr als 20 Milliarden Mark. Ein jeder vermag sich leicht auszurechnen, welche Kulturmaßnahmen für diese riesenhafte Summe in Angriff genommen werden könnten. Man beachte, daß diese Verschleuderung von volkswirtschaftlichem Vermögen vorgenommen wird in einer Zeit, wo 30 Millionen Arbeitslose vorhanden sind. Gerade die letzten Entwicklungen zeigen, daß an eine Verminderung der Rüstungsausgaben vorläufig nicht zu denken ist.

Einige Tatsachen zum Nachdenken!

Unter dem sozialdemokratischen Reichskanzler Hermann Müller saßen im Reichstag 12 Nationalsozialisten, 54 Kommunisten, 153 Sozialdemokraten. Durchschnittlicher Arbeitslohn eines gelernten Arbeiters pro Woche 52,80 M., durchschnittliche Arbeitslosenunterstützung pro Woche 20,20 M. (Höchstsatz 37,80 M.).

Unter dem Reichskanzler Brüning saßen im Reichstag 107 Nationalsozialisten, 77 Kommunisten, 143 Sozialdemokraten. Durchschnittlicher Arbeitslohn eines gelernten Arbeiters 50,40 M., durchschnittliche Arbeitslosenunterstützung pro Woche 17,60 M.

Unter dem gegenwärtigen System Papen-Hitler saßen im vorigen Reichstag 230 Nationalsozialisten, 89 Kommunisten, 134 Sozialdemokraten. Durchschnittlicher Arbeitslohn eines gelernten Arbeiters pro Woche 40,70 M., durchschnittliche Arbeitslosenunterstützung pro Woche 10,20 M.

Mit der wachsenden Zahl der Abgeordneten aus dem Lager der Nazis und Kommunisten, also der Parteien, die gegen die Demokratie und für die Diktatur sind und die sich gegen die sachliche und praktische Tätigkeit im Parlament wenden, ist auch der Druck auf die Arbeiterschaft seitens der Reaktion immer stärker geworden. Die Politik der Terroristen bedeutet immer größeres Elend für die Arbeiterklasse. Frauen, helft ebenfalls mit, daß diesen Todfeinden der arbeitenden Bevölkerung das Handwerk gelegt wird, um dem sozialen Aufstieg wieder den Weg freizumachen.

Nur durch eine wesentliche Stärkung der Sozialdemokratie bei der Wahl am 6. November kann der Einfluß der Arbeiterklasse auf Staat und Wirtschaft gestärkt werden.

O Harzburg!

O Harzburg, o Harzburg, du wunderschöne Stadt,
Da liegt die Front begraben, die deinen Namen hat.

Jetzt schlägt sich der Stahlhelm und der SA-Soldat,
Seit Hugenberg den Hitler treulos verlassen hat.

Verlassen, verlassen, es kann nicht anders sein,
Erst hat der Hitler „Ja“ gesagt, und jetzt, jetzt sagt er „Nein“.

Die SA., die SS. zieht ins Versammlungshaus:
„Ihr dicken Stahlhelmschweine, euch hauen wir hinaus.“

Es wirbeln die Stühle, es fliegt der Bierpokal,
Und schließlich räumt die Schupo den kampfdurchtosten Saal.

Der Hugenberg, der Hitler, die weinen gar so sehr.

„Ade du schönes Harzburg, die Zeit kommt nimmermehr!“
(Alte Volksweise.)

Regierungen sind Segel,
das Volk ist Wind,
der Staat ist Schiff,
die Zeit ist See.

Börne

Wir hämmern die Front!

Wir hämmern die Front
Aus Eisen, aus Stahl —
Wir hämmern die Front
Der Novemberwahl!
Wir hämmern die Front
Bei Tag und bei Nacht!
Wir hämmern die Front
Der eisernen Wacht!
Wir hämmern die Front
Gegen Hunger und Not,
Wir hämmern die Front
Für Arbeit und Brot!
Wir hämmern die Front
Der Massenpartei,
Wir hämmern die Front
Der Liste Zwei!
Vorwärts! Wir marschieren!

Verbandsnachrichten

Unsere Lohnbewegungen

Gescheiterte Lohnverhandlungen in Schlesien

Am 31. Oktober kamen im Baugewerbe in elf Vertragsgebieten die Lohnabschlüsse zum Ablauf. Die am Tarifvertrag für Niederschlesien beteiligten Unternehmerverbände haben als einzige die Löhne gekündigt. Am 25. Oktober haben Verhandlungen stattgefunden. Was dort von den Unternehmern den Arbeitern im Baugewerbe zugemutet wurde, ist kaum glaublich. Sie forderten nichts weniger als einen erneuten Lohnabbau von 21 % auf der ganzen Linie. Nicht genug, daß unsern Kameraden in Schlesien im Vorjahre der Lohn um 8,7 %, infolge der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 um 9,5 % und am 1. April 1932 um 12,3 % gesenkt wurde. Das genügt lange nicht; noch einmal muß die Situation im Baugewerbe ausgenutzt werden. Der Hungerriemen soll noch enger geschnallt werden. — Das Vorgehen der Unternehmer sollte vor allem denjenigen zu denken geben, die unsern Verband fernstehen. Nur wenn alle Zimmerer in Schlesien geschlossen zum Verband stehen, wird es möglich sein, der Durchführung des Unternehmerwillens ein Halt zu gebieten. Die Verhandlungen sind gescheitert. Vom 1. November an werden die Unternehmer in Schlesien ihren Bauarbeitern diesen Hungerlohn bieten; dann werden sich unsere Kameraden, trotz des Elends, in dem sie leben, wehren müssen.

Arbeitszeitregelung für das Vertragsgebiet Westfalen-Ost-Lippe

Wie bereits berichtet, hatte der Bezirksarbeitgeberverband für das Baugewerbe Minden-Lippe, Sitz Bielefeld, seine Mitglieder angewiesen, die Arbeitszeit herabzusetzen und in den Geschäften, wo die Voraussetzungen gegeben seien, auf Grund der Notverordnung den Lohn zu kürzen.

Die Vertreter der Arbeiterorganisationen haben dem Bezirksarbeitgeberverband mitgeteilt, daß sie mit diesem Diktat nicht einverstanden seien und ihre Gegenmaßnahmen treffen würden. Am 24. Oktober fanden Verhandlungen zur Beilegung dieser Differenzen statt. Ueber das Ergebnis berichtet folgende gemeinsam abgefaßte Niederschrift:

„Unter Berücksichtigung der heutigen Aussprache erklären die Vertreter des Bezirksarbeitgeberverbandes des Baugewerbes für den Regierungsbezirk Minden und den Freistaat Lippe E. V., daß die Mitglieder unverzüglich angewiesen werden, in den Betrieben Kurzarbeit in der Weise durchzuführen, daß täglich sieben Stunden gearbeitet wird.“

Als Arbeitsbeginn wird bis auf weiteres 8.30 Uhr vormittags sowie Beibehaltung der bisherigen Mittagspause in Vorschlag gebracht.

Die Arbeitnehmerorganisationen erklären, daß sie gegen die Einführung der Kurzarbeit keine Einwendungen erheben werden.“

Die Niederschrift sieht also vor, daß die Arbeitszeit pro Tag sieben Stunden betragen soll, daß der Beginn der Arbeitszeit auf 8.30 Uhr festgesetzt und daß ferner die bisherige Mittagspause, von

12 bis 12.30 Uhr, beibehalten wird. — Daß man in dieser Vereinbarung nicht das Ende der Arbeitszeit festsetzt, ist wohl geschehen, weil die Unternehmer befürchten, von ihrer vorgesetzten Instanz wegen dieser Regelung einen Rüffel zu erhalten. Trotzdem geht aus dem Wortlaut der Regelung zur Genüge hervor, daß der Arbeitsschluß 16 Uhr sein muß. Die Arbeitervertreter haben das auch ihren Zahlstellen in Form einer Tabelle bekanntgegeben. Die Mitglieder werden Sorge tragen, daß diese Arbeitszeit innegehalten wird.

Streik in Gotha

Der Bezirkstarifvertrag für Thüringen ist, wie bekannt, vom Reichsarbeitsminister nicht für allgemeinverbindlich erklärt worden. Wie bereits in andern Städten in Thüringen, haben auch die Unternehmer in Gotha angeblich den Arbeitgeberverband verlassen. Sie treten nun geschlossen als Innung auf und glauben, an keine tariflichen Löhne mehr gebunden zu sein. Die Gothaer Unternehmer haben es sich sehr leicht gemacht; sie diktieren einfach: Der Lohn für Facharbeiter beträgt nicht mehr 78 ₤, sondern nur noch 60 ₤ pro Stunde. Unsere Kameraden und auch die Mitglieder des Baugewerksbundes haben zu diesem Vorgang Stellung genommen. Einstimmig wurde der Abwehrkampf beschlossen und am 15. Oktober die Arbeit eingestellt. Bereits in der ersten Streikwoche hatten sich vier Firmen durch Unterschrift bereit erklärt, den alten Lohn weiterzuzahlen. Wenn unsere Kameraden standhalten, muß es möglich sein, auch in dieser schweren Zeit den Sieg zu erringen, trotzdem die KPD.-Presse eine wüste Hetze gegen die freien Gewerkschaften entfaltet und nach ihrer Schreibweise die RGO. führend ist. Die Unterstützung der Streikenden haben sie den Gewerkschaften überlassen, ja, sie fordern noch Streikunterstützung für die „klassenbewußten“ Unorganisierten. Die Verbandskameraden der Zahlstelle Gotha werden sich von diesem Treiben nicht beeinflussen lassen, sondern unter Führung der Zahlstellenleitung den Kampf geschlossen zu Ende führen.

Zahlstellenberichte

Darmstadt. In unserer letzten erweiterten Vorstandssitzung nahm auch Gauleiter Kamerad Ebert teil. Der Vorsitzende berichtete über das Zahlen der Beiträge an das Bezirkskartell. Weiter führte er aus, daß in den Bezirken bei den Kameraden, die Rundfunkteilnehmer sind, angefragt werden soll, ob sie Mitglied des Arbeiterradiobundes seien. Zum freiwilligen Arbeitsdienst wurde ausgeführt, daß jetzt Kurse abgehalten werden sollen, in denen junge Leute bis zu 25 Jahren ausgebildet werden, die dann als Führer im Arbeitslager in Frage kommen sollen. Es ist notwendig, um nicht unsere Jugend dem Einfluß unserer politischen Gegner auszuliefern, daß sich auch von uns Kameraden dazu melden. Der Gauleiter hielt dann einen ausführlichen Vortrag über den freiwilligen Arbeitsdienst und die Gewerkschaften in der Krise. Der Vorsitzende dankte dem Gauleiter für seine Ausführungen. Er ermahnte dann zum Schluß die Kameraden, das Gehörte in den Bezirken nutzbringend zu verwenden, und schloß mit einem Hoch auf den Zentralverband und dem Kampfgruß „Freiheit“ die schön verlaufene Tagung.

Dresden. In einer Mitgliederversammlung, die am 20. Oktober stattfand, sprach Kamerad Klinko über „Die Anwendung der Notverordnung vom 5. September 1932 auf das Baugewerbe“. Nachdem er einen kurzen Ueberblick über die Entwicklung der Sozialpolitik in den letzten Jahren gegeben hatte, zeigte er in klarer Weise, wie die gegenwärtige Regierung das ihr gesteckte Ziel, den „Wohlfahrtsstaat“ zu zerschlagen, konsequent verfolgt. Im Mittelpunkt des Interesses steht gegenwärtig die Notverordnung, die den Unternehmern bei einer Mehreinstellung von Arbeitskräften nicht nur Steuergeschenke zukommen läßt, sondern ihnen darüber hinaus noch das Recht gibt, für zehn

Stunden in der Woche den Lohn bis zu 50 % zu senken. Die Regierung muß aber erleben, daß die Arbeiterschaft gewillt und entschlossen ist, die Degradierung zum Heloten nicht kampflos hinzunehmen. Ueberall da, wo die Arbeiterschaft gewerkschaftlich auf der Höhe ist, wehrt sie sich gegen diese ungesetzliche Wegnahme des ihr zustehenden Lohnes. An der Bereicherung durch solche Art Lohnkürzung wollte sich auch der Arbeitgeberverband für das Sächsische Baugewerbe für seine Mitglieder beteiligen. In Dresden hat der Arbeitgeberverband versucht, durch Erlaß einer Einstweiligen Verfügung die Belegschaften sowie die Organisationen einzuschüchtern. Am Tage vor der Verhandlung jedoch hat der betreffende Unternehmer den Aushang zurückgezogen, so daß die Arbeit wieder aufgenommen werden konnte. Auch die übrigen Versuche der Unternehmer sind gescheitert. Sie werden auch weiterhin scheitern, wenn die Stoßkraft der Organisation erhalten bleibt. Mit der Mahnung, die Wankelmütigen aufzumuntern, damit wir auch fernerhin die Anschläge der Reaktion zurückweisen können, schloß er seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen. Im Anschluß sprach Genosse Petri vom Konsumverein „Vorwärts“ über „Die Konsumgenossenschaften als Keimzelle des gesellschaftlichen Verteilungsapparats der Zukunft“. Auch er hat in einfacher, überzeugender Weise die Bedeutung des Genossenschaftswesens dargestellt, so daß auch dieser Vortrag mit Beifall aufgenommen wurde.

Kreuz-Filehne. Die bevorstehende Herbsttagung machte es notwendig, die Kameraden in einer besonderen Versammlung auf die Werbung von neuen Mitgliedern hinzuweisen. Kamerad Eichhorst aus Schneidemühl hielt einen sehr aufschlußreichen Vortrag über „Ziele und Zweck des Verbandes“ und betonte sehr eindringlich, daß es gerade in unserm Zahlstellengebiet sehr notwendig ist, den restlosen Zusammenschluß der Zimmerer zu bewerkstelligen. Zum Schluß der Versammlung wurden die näheren Einzelheiten der Werbeaktion besprochen.

Magdeburg. In der am 23. Oktober stattgefundenen Zahlstellenversammlung waren die Bezirke durch 27 Delegierte vertreten. Nach erfolgter Ehrung eines im letzten Quartal verstorbenen Kameraden erstattete Kamerad Köhlert den Geschäfts- und Kassenbericht. Auf Grund der Papen-Notverordnung waren bei drei Firmen Aushänge herausgegeben worden, in denen die Abzüge für die 31. bis 40. Wochenstunde bekanntgegeben wurden. Die Zurücknahme der Aushänge wurde jedoch von den Belegschaften durch Streik erzwungen. Eine geringe Abnahme der Arbeitslosigkeit machte sich im 3. Quartal bemerkbar. Von 1077 arbeitsfähigen Kameraden waren im Durchschnitt 312 oder 29 % beschäftigt. Pflicht eines jeden Kameraden ist es, für den Verband zu werben und wankelmütige Mitglieder aufzuklären. Ueber die Notverordnungen vom 4. und 5. September referierte Gauleiter Kamerad Schmidt, besonders über den sozial- und tarifrechtlichen Teil und seine Auswirkungen auf die Arbeiterschaft. Ueberall dort, wo die Bauunternehmer versuchten, den Zimmerern den ohnehin schon kargen Lohn zu kürzen, wurde mit Streik geantwortet. Während die Bauunternehmer in andern Gebieten gegen ausgebrochene Streiks mit Einstweiligen Verfügungen vorgingen, zogen die Unternehmer unseres Vertragsgebietes den staatlichen Schlichter zur Hilfe heran. Der zuständige Schlichter kam den Wünschen der Unternehmer nicht nach, sondern fällt den vernünftigen Spruch: „Lohnkürzungen haben nicht zu erfolgen.“ Erfreulicherweise sind im Augenblick im Bezirk keinerlei Differenzen zu verzeichnen. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten erfolgte ein gemeinsamer Besuch der Ausstellung „Sozialistischer Aufbau“, woselbst neben andern Verbänden auch unser Verband durch die Zahlstelle Magdeburg wirkungsvoll vertreten war.

Obernigg. In unserer letzten Mitgliederversammlung hielt der Vorsitzende einen interessanten Vortrag über „Unser Verband in der Krise“. An Hand von Zahlenmaterial konnte der Redner nachweisen,

was der Verband gegenüber den Mitgliedern besonders in der Zeit, wo rund 80 % unserer Kameraden erwerbslos waren, geleistet hat. Um den Verband für die kommenden Kämpfe zu stärken, ist es notwendig, daß sich jeder Kamerad an der Herbsttagung, durch die die uns fernstehenden Zimmerer erlaßt werden sollen, beteiligt. Nach der Rechnungsvorlage vom 3. Quartal wurde dem Kassierer der Dank für seine Mühewaltung ausgesprochen und ihm einstimmig Entlastung erteilt. Unter „Verbandsangelegenheiten“ wurde mitgeteilt, daß der Jubiläums-Verbandsaschenkalender 1933 eingetroffen sei und er überaus gut auf allen Wissensgebieten ausgestattet ist. Deshalb wird jedem Kameraden empfohlen, sofort die Bestellung beim Kassierer vorzunehmen. Mit unserm Freiheitsgruß und einem Appell an die Kameraden, am 6. November die Liste 2 der Sozialdemokratischen Partei zu wählen, fand die Versammlung ihren Abschluß.

Zeit. Am 14. Oktober fand eine Mitgliederversammlung für unser Zahlstellengebiet statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken eines verstorbenen Kameraden geehrt. Gauleiter Kamerad Laue hielt einen Vortrag über „Die Gewerkschaften in der Krise und ihre Aufgaben“. Der Redner schilderte eingangs die innerpolitische Situation und im besonderen die von der Papen-Regierung erlassene Notverordnung vom 5. September. Durch diese Maßnahmen der Reichsregierung sind das Tarifrecht und die sozialpolitischen Erfolge, die die Gewerkschaften in der Nachkriegszeit sich erkämpften, auf das äußerste bedroht. Es ist deshalb verständlich, daß von seiten der Gewerkschaften dieser Regierung und den von ihr erlassenen Notverordnungen der schärfste Kampf angesagt und auch durchgeführt wird. Die Gewerkschaften vertreten nach wie vor die Auffassung, daß die Regierung nicht berechtigt ist, auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung die Unabdingbarkeit der tariflichen Abmachungen anzutasten. Um aber unsere Abwehr erfolgreich durchführen zu können, ist es notwendig, daß jeder Kamerad sich an der Werbung für die Gewerkschaften beteiligt. Ebenfalls ist es Pflicht, am 6. November, wo der Arbeiterschaft die Möglichkeit geboten wird, gegen die reaktionäre Regierung ihre Stimme abzugeben, dafür zu sorgen, daß die Sozialdemokratie wieder den ihr gebührenden Einfluß im Reichstag erhält. Eine Aussprache fand nicht statt. Aus der Abrechnung für das 3. Quartal war zu ersehen, daß eine leichte Besserung der Einnahmen zu verzeichnen war. Die Mitgliederbewegung ist stabil geblieben.

Baugewerbliches

Risiko der Bauarbeiter

Der schon lange anhaltenden Wirtschaftskrise und dem damit verbundenen Daniederliegen der Bauwirtschaft wird es zum Teil zuzuschreiben sein, wenn Gerüste oder Gerüstteile in ihrer Widerstandskraft nicht mehr den Ansprüchen bei ihrer eventuellen Wiederverwendung genügen. Das Gerüstmaterial lagert, besonders in der jetzigen Zeit, oft an ungeschützten Stellen und ist deshalb den Witterungseinflüssen sehr stark ausgesetzt. Bei Verwendung der Gerüstteile, die nicht mehr die nötige Widerstandskraft besitzen, besteht für die Bauarbeiterschaft eine große Gefahr. Deshalb sind Baukontrolleure und nicht zuletzt die Betriebsvertretung verpflichtet, darauf zu achten, daß das zu verwendende Gerüstmaterial auch einwandfrei ist. Schon vielen Bauarbeitern wurden schadhafte Gerüste zum Verhängnis. — Ein größeres Bauunglück ereignete sich in der letzten Woche in Frankfurt am Main. Aus bisher nicht mit Sicherheit aufgeklärten Ursachen brach an einem Kirchnerneubau ein Gerüst teilweise zusammen. Mit den abstürzenden Bauteilen fielen zwei Arbeiter aus über zehn Meter Höhe in die Tiefe. Kameraden, sorgt für genügenden Bauarbeiterschutz, damit solche Bauunfälle vermieden und Leben und Gesundheit nicht frevelhaft aufs Spiel gesetzt werden.

Förderung des Eigenheimbaues

Neben den schon durchgeführten Bauten von Stadtrandiedlungen will jetzt die Reichsregierung auch Gelder zur Verfügung stellen für von privaten Bauherren zu erstellenden Eigenheimen. Es sollen dafür 20 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden. Ueber diese Aktion ist vorläufig bekannt, daß die Gelder erst in den Rechnungsjahren 1933 und 1934 fließen werden; die Zusagen sollen aber alsbald erfolgen, da auch hier die Zwischenfinanzierung keinen unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnen dürfte.

Für die Förderung kommen nach den Richtlinien, die demnächst veröffentlicht werden, bescheidene Eigenheimen in Betracht, deren Baukosten, ohne den Wert des Grundstücks, in der Regel zwischen 4000 und 8000 M liegen werden. Der Einbau einer zweiten Wohnung ist gestattet. Um den Anreiz möglichst stark zu gestalten, werden die oberen Grenzen für die Baukosten beim reinen Eigenheim auf 10 000 M, und soweit eine zweite Wohnung eingebaut wird, auf 12 000 M festgesetzt werden. Die Hypothekendarlehen des Reiches dürfen in der Regel 1500 M nicht übersteigen. Nur in besonderen Fällen können bis 2000 M, soweit eine zweite Wohnung mit errichtet wird, 3000 M gegeben werden. In keinem Falle darf das Reichsbauarlehen mehr als 25 % der Gesamtkosten des Hauses mit Einschluß des Grund und Bodens betragen. Die Darlehen sollen mit 4 % verzinslich und mit 1 % tilgbar sein. Sie sind so zu sichern, daß die Hypothek mit höchstens 70 % des Bau- und Bodenwertes ausläuft, also als zweite Hypothek. Die gesamte übrige Finanzierung ist Sache des Bauherrn. Er muß mindestens über ein Eigenkapital von 30 % verfügen und den Rest der Finanzierung, also insbesondere auch die erste Hypothek, selbst besorgen.

Wenn die Ausführungsbestimmungen erlassen sind, werden wir über Einzelheiten berichten.

Genossenschaftsbewegung

Spareinlagen und Reichskredite der Genossenschaften

In der Nummer 44 der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ nimmt das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, Hugo Bästlein, zu den Angriffen Stellung, die in der letzten Zeit gegen die Konsumgenossenschaftsbewegung gerichtet werden. In diesen Angriffen wird der Reichsregierung neuerdings zum Vorwurf gemacht, daß sie bei der Kreditgewährung die Konsumgenossenschaften in unberechtigter Weise bevorzugt habe. Diesen irreführenden Behauptungen gegenüber weist Bästlein darauf hin, daß das Reich bereits am 1. Oktober 1931 877 Millionen Mark Darlehen an die deutsche Wirtschaft verzeichnete, die seit dem Jahre 1924 gewährt wurden. In dieser Summe sind weitere 1115 Millionen Mark, die im Zusammenhang mit der Bankenkrise ausgegeben wurden, noch nicht berücksichtigt. Das ergibt ein Gesamtengagement der Reichsregierung in der Privatwirtschaft von ungefähr 2 Milliarden Mark. Schließlich haben auch die Genossenschaften desselben Mittelstandes, der so eifrig von einer angeblichen Bevorzugung der Konsumvereine redet, Beträge von insgesamt 129 Millionen Mark teils als Darlehen, teils als verlorenen Zuschuß erhalten. Die Millionensummen, die an die Landwirtschaft gegeben wurden, sind erst durch die neuste Notverordnungsgesetzgebung wieder um weitere 400 Millionen Mark erhöht worden. Gegenüber diesen gewaltigen Unterstützungen, die zum großen Teil als verlorener Zuschuß gegeben wurden, haben die Konsumgenossenschaften nur Darlehen erhalten. Der in der letzten Zeit häufig genannte Betrag von 45 Millionen Mark ist nicht etwa, wie vom Mittelstand fälschlicherweise behauptet war, nur den Konsumgenossenschaften, sondern auch den gewerblichen Genossenschaften des Mittelstandes als Kredit zugute gekommen. So bleibt immer die Tatsache bestehen, daß die Konsumgenossen-

schaften, obwohl sie fast 50 % ihrer Spareinlagen — bei weitem mehr als andere Sparkassen — innerhalb eines Jahres verloren haben, nur verhältnismäßig geringe Unterstützungen erhielten und trotzdem kaum Insolvenzen aufzuweisen haben. Wenn der Einzelhandel auf die angeblichen Gefahren hinweist, die für den Verbraucher bestehen, wenn er im Falle des Zusammenbruchs der Konsumgenossenschaft mit seinem Geschäftsanteil und der Haftsumme in Anspruch genommen wird, so ist demgegenüber zu sagen, daß die Verbraucher in noch viel stärkerem Grade durch die vielen Insolvenzen des Mittelstandes, die statistisch überhaupt nicht erfassbar sind, geschädigt werden. Großhandel und Fabrikanten sind nämlich gezwungen, die Beträge, die ihnen infolge der Zahlungsunfähigkeit ihrer Abnehmer verlorengehen, in die Warenpreise einzukalkulieren und schließlich dem Verbraucher aufzubürden. Der große Schaden, der dem Verbraucher hieraus erwächst, wird niemals in einer einzigen Summe sichtbar, ist aber als sehr bedeutend zu bezeichnen.

Gewerkschaftliches

Die Gewerkschaften, der einzige Halt des Arbeiters!

In einer Zeit, wo alles wankt, bedarf gar Mancher eines starken Haltes. Um den Arbeiter bemühen sich zahlreiche Gruppen und Personen. Alle wollen ihm als Heilbringer erscheinen. Meistens entpuppen sie sich als große Demagogen und Verführer. Der Vorsitzende des ADGB., Kollege Leipart, sprach kürzlich über die Kulturaufgaben der Gewerkschaften. Dabei gebrauchte er folgende eindringliche Mahnung:

„Verkennen wir nicht wie die Erfolge der Reaktion sich in der Arbeiterschaft auswirken müssen! Es vollzieht sich ein neuer Bruch mit Staat und Wirtschaft, der um so gefährlicher ist, als die Enttäuschung über die vergangenen Jahre die Massen innerlich auf das schwerste erschüttert hat und vielfach keine neue Hoffnung mehr hochkommen läßt. Der Glaube an die Gerechtigkeit, an eine menschliche Ordnung überhaupt, ist ins Wanken gekommen. Das Vertrauen geht immer mehr verloren. Damit setzt eine Neigung zur niederreißen Kritik ein, zur Ratlosigkeit und zum Radikalismus. Kulturbolschewismus treiben also diejenigen, die für solche Rückschläge in der sozialen Entwicklung die Verantwortung tragen. In dieser Zeit bieten die Gewerkschaften dem Arbeiter den einzigen Halt. Ihre Ideen sind es, die ihm trotz der Unsicherheit der Zeit die Kraft geben, sich innerlich zu behaupten. Ohne unsere Arbeit wäre das Chaos in Deutschland längst da.“

Diese Worte sprechen für sich und müßten von jedem Arbeiter beachtet werden. Es stände wahrlich um die deutsche Arbeiterschaft besser, wenn sie den Phraseuren nicht Gehör geschenkt, sondern den aufrichtigen Ermahnungen der Gewerkschaften gefolgt wäre.

Sozialpolitisches

Versteht man so die Freiwilligkeit?

Manche Leute in Deutschland sind ernstlich bestrebt, die Arbeitsdienstpflicht durchzuführen. Der Landrat des Kreises Wittenberg hat die Jugendlichen aufgefordert, sich zum freiwilligen Arbeitsdienst zu melden. Im Weigerungsfalle erklärt er folgendes: „Geht innerhalb einer Frist von drei Tagen die Meldung nicht ein, dann muß ich annehmen, daß Sie nicht mehr hilfsbedürftig im fürsorgerechtlichen Sinne sind. Ich werde dann prüfen, von welchem Zeitpunkt an die Zahlung der Unterstützung eingestellt

werden muß.“ Gegen diese und ähnliche Uebergriffe besonders eifriger Personen muß sich die Arbeiterschaft in ihrer Vertretung schärfstens zur Wehr setzen.

Wirtschaftspolitisches

Die Arbeitslosenziffer steigt

Der Reichskanzler von Papen hat in seinen Reden der letzten Wochen immer wieder triumphierend auf die Tatsache verwiesen, daß die Arbeitslosenziffer in Deutschland in der zweiten Hälfte des Monats September um 123 000 abgenommen hat. Natürlich nahm er diese zahlenmäßig günstige Entwicklung als ein Erfolg seines Wirtschaftsprogramms in Anspruch. Ganz abgesehen von der Tatsache, daß bei einem solch großen Bestande von statistisch nicht erfaßten Arbeitslosen eine Zählung der Arbeitsämter mehr als problematisch ist, konnte das Triumphgeschrei des Herrn Reichskanzlers nicht sonderlich imponieren. In der ersten Hälfte des Monats Oktober hat die Arbeitslosigkeit eine Steigerung um rund 48 000 erfahren. Die Reichsanstalt erklärte allerdings, diese Ziffer bedeute nicht, daß sich der Beschäftigungsgrad tatsächlich in dem gleichen Umfange verschlechtert habe. Eine ähnliche Entwicklung wie im September, wo die Entlastung des Arbeitsmarktes erst in der zweiten Hälfte des Monats erfolgte, hält man für möglich. In der ersten Oktoberhälfte vorigen Jahres stieg die Arbeitslosenziffer um rund 129 000. Dagegen ist die statistisch erfaßte Verschlechterung des Arbeitsmarktes in diesem Jahre allerdings geringer. Die gegenwärtige Reichsregierung hat den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit aufgenommen, weil sie glaubte, eine günstige Stimmung für die Wahlen zu schaffen. Eine Zunahme der Arbeitslosigkeit trotz der riesigen Anstrengungen ist kein eindeutiger Beweis dafür, daß das Ankurbelungsprogramm von Erfolg begleitet war. Dies ist auch unmöglich, wenn die Kaufkraft der Bevölkerung infolge Lohnabzüge und Unterstützungsraub auf das tiefste gesunken ist.

Preisbewegung und Konjunktur

Als Zeichen des Umschwungs in der weltwirtschaftlichen Lage wurde das Steigen der Rohstoffpreise angesehen. Ein Ueberblick der Entwicklung der letzten Monate zeigt, daß eine Veränderung der Rohstoffpreise nur sehr wenig erfolgt ist. Eine Marktberingung ist jedenfalls nicht eingetreten. Noch immer sind riesige Vorräte in allen Teilen der Welt vorhanden. Den Stand am Januar 1929 = 100 gesetzt, betragen die Rohstoffvorräte im Juli 1932 bei Baumwolle 105, Seide 142, Zinn 194, Zink 326, Kautschuk 217, Kaffee 179 und Zucker 157. Nur Weizen und Tee zeigen eine Vorratsverminderung. Der Saldo der Preissteigerung auf den Rohstoffmärkten führt zu der Erkenntnis, daß die Produktion keine wesentlichen Anregungen durch die Veränderungen erfährt. Ueberblickt man die Preisentwicklung für Rohstoffe in den einzelnen Ländern, so ist ein Stillstand bzw. ein Anziehen der Preise nur in den Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien zu verzeichnen. In den übrigen Ländern sind die Deflationstendenzen noch auf breiter Front wirksam. Die Lage der Weltwirtschaft zeigt, daß die Ueberwindung der Krise durch das Steigen der Rohstoffpreise nur äußerst langsam vor sich geht.

Arbeiterversicherung

Warum kein Vermittlungszwang?

Die Reichsregierung erhofft von ihren Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft sowie von ihrem Programm zur Arbeitsbeschaffung eine wesentliche Entlastung des Arbeitsmarktes. Gleich nach Bekannt-

gabe des Wirtschaftsprogramms der Papen-Regierung wurde von den Arbeiterorganisationen ihre schon ständig vertretene Auffassung von neuem in der Öffentlichkeit erhoben, daß durch gesetzliche Maßnahmen die Unternehmer gezwungen werden, die Neueinstellenden nur von den Arbeitslosen, die bei den zuständigen Arbeitsämtern gemeldet sind, zu entnehmen. Die Barone-Regierung hat aber dafür kein Verständnis; denn ihre Maßnahmen werden nur von dem Willen des Unternehmertums getragen, und es ist hinreichend bekannt, daß die Unternehmer grundsätzlich gegen den Einstellungszwang sind.

Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat unterm 7. Oktober 1932 ein Schreiben an die Landesarbeits- und Arbeitsämter gerichtet, in der auf die zu erwartende Wirtschaftsbelebung hingewiesen wird. In dem Schreiben wird unter anderem auch zum Ausdruck gebracht, daß von der Reichsregierung beabsichtigt davon abgesehen worden ist, für Mehreinstellungen, die durch die Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft ermöglicht werden, eine Benutzung der öffentlichen Arbeitsvermittlung vorzuschreiben. Weiter wird von dieser Stelle als Grund, daß diese Maßnahmen nicht zweckmäßig waren, angegeben, daß eine derartige Vorschrift die Arbeitsämter mit einem beträchtlichen Maß Kontroll- und Verwaltungsarbeiten gerade in der Zeit belastet hätten, in der mit der erhofften Belebung der Wirtschaft die Vermittlungsmöglichkeiten anwachsen können. Daraus ist zu ersehen, daß die Reichsanstalt sich ebenfalls gegen den Einstellungszwang ausspricht. Es wird also den Unternehmern von allen amtlichen Stellen die völlige Freiheit in der Wahl der Arbeitskräfte gewährleistet.

Alle mit der freien Wahl bei Einstellungen von Arbeitskräften verbundenen Gefahren für die Arbeiterschaft bleiben unberücksichtigt. Es besteht dabei im besonderen die große Gefahr, daß die ortsansässigen Arbeitslosen zusehen müssen, wie von auswärts Arbeitskräfte herangezogen werden. Keine Gemeindevertretung ist in der Lage, dem Unternehmer Vorschriften darüber zu machen, von wo er seine Arbeitskräfte bezieht, im besonderen dann nicht, wenn für die auszuführenden Arbeiten die öffentliche Hand nicht als Auftraggeber in Frage kommt. Wir bezweifeln ja, daß die Wirtschaftsbelebung nach dem Schema des Papen-Kurses erfolgen wird. Ungeachtet dessen aber müssen wir erneut die Forderung des Einstellungszwanges erheben; denn nur dadurch ist eine größere Gewähr gegeben, daß unbillige Härten, die bei Neueinstellungen von Arbeitskräften, die keinen unmittelbaren Anspruch darauf haben, vermieden werden.

Die Erhöhung sozialer Leistungen

Die Verordnung „Zur Ergänzung von Sozialleistungen“ bringt neben den Aenderungen in der Arbeitslosenversicherung, die wir schon in der letzten Nummer veröffentlichten, auch auf dem Gebiete der Kranken-, Unfall- und Angestelltenversicherung sowie bei den Kriegsoferrenten einige Aenderungen. Die finanziellen Auswirkungen sind hier weit unwesentlicher als in den Aenderungen bei der Arbeitslosenversicherung. Das Reich riskiert bei diesen Neuerungen sehr wenig; denn sie bedeuten nur Ermächtigungen der einzelnen Träger der Versicherung, die, wenn es ihre Finanzen zulassen, davon Gebrauch machen können.

In der Krankenversicherung sind durch eine früher erlassene Verordnung die Mehrleistungen beseitigt worden. Eine Wiedergewährung war nur zulässig, wenn der höchste Beitrag bestimmte Grenzen, im allgemeinen 5 % des Grundlohnes, nicht übersteigt. Die Neuregelung läßt in beschränktem Umfange Mehrleistungen zugunsten der Angehörigen der Versicherten auch bei Ueberschreiten des Höchstsatzes wieder zu. Es soll den Versicherungsträgern in der Krankenversicherung gestattet werden, Krankenhauspfege für Familienangehörige oder einen Zuschuß an Stelle der Krankenhauspfege zu gewähren, ferner das Hausgeld zu erhöhen, das bei Aufnahme

„Der Zimmerer“

will die Verbandskameraden schnell und zuverlässig über alle Gewerkschaftsfragen informieren. Sorgt deshalb, daß die Verbandszeitung pünktlich und wöchentlich kolportiert wird.

eines Versicherten in das Krankenhaus für seine Familie zu zahlen ist.

In der Unfallversicherung schreibt die neue Verordnung vor, daß die Renten für Unfälle, die sich nach dem 31. Dezember 1932 ereignen, nicht mehr um den Satz (7½ %) gemindert werden sollen, wie sie die Notverordnung vom 4. Juni 1932 vorgeschrieben hat. Die neuen Rentenansprüche, die sich aus Unfällen nach dem 31. Dezember ereignen, werden lediglich wieder nach dem Jahresarbeitsverdienst, wie das ursprünglich der Fall war, errechnet.

In der Angestelltenversicherung soll in Zukunft die Gewährung von Mehrleistungen durch den Versicherungsträger wieder zugelassen werden. Die Zulassung kann nur auf Widerruf erfolgen.

Die Kriegsofferrenten erfahren ebenfalls eine Aenderung, wonach ab 1. November 1932 beim Zusammentreffen einer Rente aus der Invaliden-, Angestellten- oder knappschaftlichen Pensionsversicherung die durch eine frühere Verordnung erlassene Freigrenze von 25 M auch nach dem 1. November gelten soll. Ferner wurde in der Verordnung den Behörden empfohlen, in Zukunft ganz allgemein bei der Prüfung aller Fälle möglichst großzügig zu sein.

Das ist alles, was die Papen-Regierung für die kranken und invaliden Arbeitnehmer zu geben hat. Ein Vergleich mit den Milliardenbeschlüssen, die sie den Besitzenden zukommen läßt, ist durch die Geringfügigkeit, wie sie hier zutage tritt, nicht möglich. Das ist der soziale Geist, den die Minister der Barons-Regierung in ihren Reden immer erwähnen. Alles für die Besitzenden, nur nichts für die Besitzlosen.

Arbeitsrechtliches

Verschlechterung des Entlassungsschutzes

Neben den verschiedenen sozialen Abbaumaßnahmen der derzeitigen Regierung ist nun auch eine Einschränkung der Schutzbestimmungen des Betriebsrätegesetzes vorgesehen. Das Reichsarbeitsministerium hatte die Vertreter der Gewerkschaften zum 15. Oktober zu einer Besprechung über die Milderung der Vorschriften über Sozialversicherung in den Notverordnungen eingeladen. Im Verlaufe dieser Besprechung wurde auch dargelegt, daß ebenfalls eine Außerkraftsetzung der Entlassungsbestimmung des § 84 Absatz 4 des Betriebsrätegesetzes vorgesehen sei. Die Bestimmung des § 84 Absatz 4 gab die Grundlage für die weitestgehende Zahl von Einsprüchen gegen ungerechte Entlassungen. Sie berechnete die Arbeitnehmer, im Falle einer Kündigung binnen fünf Tagen beim Arbeiterparlament Einspruch einzulegen, wenn die Kündigung sich als eine unbillige, nicht durch das Verhalten des Arbeitnehmers oder durch die Verhältnisse des Betriebes bedingte Härte darstellt. Die Außerkraftsetzung dieser Gesetzesposition soll nach den Darlegungen des Reichsarbeitsministeriums den Betrieben die Möglichkeit geben, eine bessere Auswechslung zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen durchzuführen. Hinter diesen Gründen steckt aber zweifellos die Absicht, durch die Ausschaltung des Entlassungsschutzes die Unternehmer von der arbeitsrechtlichen Bindung gegenüber längere Zeit Beschäftigten zu befreien.

Die Durchführung einer Aufhebung des Schutzes aus dem § 84 Absatz 4 BRG. würde das Recht der Arbeiterschaft in den Betrieben schwer schädigen. Denn diese Schutzbestimmung ließ den Betriebsvertretungen einen weiten Spielraum, um einer ungerechten Behandlung der Arbeitnehmer in den Betrieben entgegenzuwirken. Wenn auch der § 84 Absatz 4 BRG. noch manche Möglichkeit offen ließ, mißliebige Arbeitskräfte zur Entlassung zu bringen, so bot sich doch durch ihn für die Betriebsvertretung Gelegenheit, durch Verhandlungen mit dem Unternehmer viele Gegensätze auszugleichen und schwere Härten bei Entlassungen zu verhindern.

Durch schlechten Geschäftsgang bedingt, sind sowieso in den meisten Betrieben sowohl mißliebige als auch „schwache“ Arbeitskräfte entfernt worden. Aber dem Unternehmer soll ein fortlaufender Druck auf seine Belegschaft gewährleistet werden, und deshalb will das Reichsarbeitsministerium wohl hauptsächlich den Einfluß der Betriebsvertretungen ausschalten. Die organisierte Arbeiterschaft wird gegen diese brutale Zerschlagung ihrer Rechte nachdrücklich Stellung nehmen. Kollege Nörpel vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund hat schon in der am 18. Oktober stattgefundenen öffentlichen Kundgebung erklärt, daß dann nur noch ein weiterer Schritt in dieser Entwicklung getan werden braucht, auch für die privaten Verwaltungen und Betriebe diese Schutzbestimmung aufzuheben. Auch das liegt in der Linie der gegenwärtigen Politik. Alles Recht der Arbeiter soll beseitigt werden. Der Arbeiter wird Objekt im Staatsleben. Dagegen uns mit aller Macht zu wehren, ist unsere Aufgabe. Dazu trägt besonders ein günstiger Ausgang der Wahlen am 6. November bei. Darum wählt Liste 2 Sozialdemokraten.

Politische Wochenschau

Das Urteil des Staatsgerichtshofs — Die neu geschaffene Lage im Reich und in Preußen — 21 Reichswahlvorschläge — Die Verfassungsreform — Pläne der Reichsregierung — Der fahnenflüchtige Prinz Auwi

Der Staatsgerichtshof hat nunmehr in der Klage Preußens gegen das Reich eine Entscheidung gefällt, die eindeutig feststellt, daß die Amtsenthebung der preußischen Regierung durch Herrn von Papen rechtswidrig gewesen sei. Nach dem Urteil durfte dem preußischen Staatsministerium nicht die Vertretung des Landes Preußen im Reichstag, im Reichsrat oder sonst gegenüber dem Reich entzogen werden. Diese Entscheidung ist eine moralische Ohrfeige für das Papen-Kabinett. Sie stellt zweifelsfrei fest, daß die preußischen Minister nach wie vor ihr Amt auszuführen haben. Die Entscheidung des Staatsgerichtshofs wurde von den Rechtsparteien und ihren Zeitungen als sehr ungünstig aufgenommen, und sie forderten erneut, daß der Reichspräsident durch eine neue Notverordnung dem Herrn von Papen größere Befugnisse, um die Rechte der preußischen Landesregierung völlig zu beseitigen, einräumen solle.

Nach Bekanntwerden des Urteils des Staatsgerichtshofs ist das Preußen-Kabinett unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Braun sofort zusammengetreten. Die Regierung Braun-Severing stellt sich auf den Standpunkt, daß den kommissarisch eingesetzten Ministern keine Befugnisse, besonders in den Personaländerungen, zustehen. Durch die neu geschaffene Lage ist es aber auch notwendig, eine Verständigung mit den Reichsstellen herbeizuführen, da sonst durch eigenmächtiges Vorgehen der preußischen Regierung die größten Schwierigkeiten für Preußen sowie auch für das Reich entstehen könnten. Ministerpräsident Braun vertrat in einer Besprechung mit dem Reichspräsidenten den Standpunkt, daß die preußische Regierung die ihr durch das Urteil des Staatsgerichtshofs zuerkannten Rechte voll für sich in Anspruch nehmen werde. Dem Reichskommissar soll nur die Exekutive, die für Ruhe und Ordnung notwendig ist, übertragen bleiben. Alle übrigen Rechte gehen auf die Staatsregierung über. Auf dieser Grundlage wurde keine Einigung erzielt. Es ist also abzuwarten, wie sich die Verhältnisse noch entwickeln werden, zumal auch jetzt nach dem Urteil des Staatsgerichtshofs der Reichskommissar durch Verordnung das preußische Wohlfahrtsministerium ohne weiteres aufgehoben hat. Das ist die wahre Diktatur dieser reaktionären Clique.

Der Reichswahl Ausschuß hat von den 24 eingereichten Reichswahlvorschlägen 21 zugelassen. Unter den Splitterparteien ist ein großes Durcheinander. Für die deutsche Arbeiterschaft kann nur die Liste 2 der Sozialdemokratischen Partei in Frage kommen.

Der Reichsinnenminister Freiherr von Gayl hielt in der letzten Woche eine Rede, in der er die Verfassungspläne der Barons-Regierung bekanntgab. Danach soll eine gründliche Umkrempelung der Weimarer Verfassung durchgeführt werden. Neben der Einschlebung eines Herrenhauses, das über dem Reichstag steht, soll dem Reichstag die Möglichkeit genommen werden, eine Regierung, die das Vertrauen des Reichstags nicht besitzt, abzusetzen. Zur Durchführung dieses Plans ist die Abänderung des Artikels 54 der Reichsverfassung, der bestimmt, daß die Reichsregierung des Vertrauens des Reichstags bedarf, notwendig. Weiter sollen das aktive und das passive Wahlalter um etwa fünf Jahre heraufgesetzt und dem selbständigen Familienernährer, gleichviel, ob Mann oder Frau, und den Kriegsteilnehmern eine Zusatzstimme gewährt werden. Weiter wünscht Herr von Gayl, daß ein engeres Verhältnis zwischen den Regierungen des Reiches und Preußen durch gesetzliche Maßnahmen herbeigeführt werden soll. Die preußischen Ministerien sollen in starkem Maße den zuständigen Reichsministerien unterstellt werden. Diese reaktionären Verfassungspläne, die den Raub der Volksrechte bedeuten, zu verhindern ist nur möglich, wenn wir am 6. November unsere Stimme der Sozialdemokratie geben.

Vor noch nicht langer Zeit ist der hoffnungsvolle Sohn des Ex-Kaisers, Prinz August Wilhelm von Preußen, aus dem Stahlhelm ausgetreten und zur NSDAP. übergesiedelt. Heute versucht dieser scheinheilige Hitler-Jünger, der neben seinem übrigen Einkommen noch 40 000 M Pension erhält, auf die „feinen Leute“ des Herrenklubs zu schimpfen. Die Organisation des Stahlhelms hat jetzt in einer offenen Erklärung gegen Prinz Auwi, der, wie es in der Erklärung heißt, es doch dem Stahlhelm zu verdanken hat, daß die Fürstenteignung nicht durchgegangen ist, Stellung genommen. Prinz Auwi ist aber ein eingefleischter Nazi, und deshalb ist auch seine Partei verpflichtet, ihn zu schützen. Das tat sie in dem Sinne, daß in den Nazi-Blättern ein offener Brief eines Pg. abgedruckt wurde, in dem dem Pg. Auwi das beste Zeugnis ausgesprochen wird. Es heißt da in einem Abschnitt: „Es fiel dem Prinzen sehr schwer, im Jahre 1930 den Entschluß zum Austritt aus dem Stahlhelm zu fassen. Er hat ernst und lange mit sich gerungen, ehe er die Brücken hinter sich abbrach, um von da an nur noch als Nationalsozialist an seiner Stelle dem deutschen Volke zu dienen. Ein Idealist und ein Ehrenmann vom Scheitel bis zur Sohle, ein Hohenzoller, der der Tradition seines Hauses gedenkt und mit seinem Denken und Trachten im Volke fest verwurzelt ist, der weiß, sich gegen die Kübel von Schmutz, die auf ihn geworfen werden, zu schützen.“ Solch ein Zeugnis wird dem Prinzen Auwi von seinen Pg. ausgesprochen. Wenn das so ist, dann ist er dort bestimmt am richtigen Platz.

Briefkasten der Redaktion

Literaturkunde. Das Zitat aus dem neuen Schauspiel von C. v. Arx lautet: Das Wohlergehen eines Landes hängt nicht so sehr von der Güte seiner Genies ab, als von der Qualität seiner Schurken.

Schleswig, H. Z. Versicherungsmäßige Alu oder Kru wird während der Dauer der Beschäftigung im Freiwilligen Arbeitsdienst nicht gewährt. Der Arbeitsdienstwillige wird zu Lasten des Freiwilligen Arbeitsdienstes gegen Krankheit versichert, erhält aber bei Krankheit kein Krankengeld.

Tattenbach. Wir sind kein Prüfkasten! Du mußt schon selbst versuchen, die Angelegenheit zu klären.

Funktionär. Wir müssen Dir zustimmen. Ein Funktionär, der so viele Funktionen bekleidet, so daß keine seiner Funktionen mehr richtig funktioniert, kann als Funktionär nicht mehr angesprochen werden.

Zielenzig 8. Rückständige Lohnsteuern können vom Lohn einbehalten werden. Die Einbehaltung geschieht loyalerweise nur in kleineren Raten.

Literarisches

„Gemeinde.“ Der freiwillige Arbeitsdienst hat für die Gemeinden in letzter Zeit eine wesentlich größere Bedeutung gewonnen. Mit den neuen Bestimmungen über die Ausführung macht das neue Heft der „Gemeinde“ bekannt. Aktuell für die Gemeindeverwaltungen ist die juristische Untersuchung der Frage: „Wer haftet für entstandene Tumultschäden?“ Ueber Näheres unterrichtet die „Gemeinde“, Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land, Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Die Internationale kriminalistische Vereinigung verhandelte im September 1932 in Frankfurt a. Main über Schwangerschaftsunterbrechung und Unfruchtbarmachung. Dr. med. Kieve-Bender, Breslau, führte dazu aus: „Man sorge für Volksbelehrung über Prohibitivtechnik (Vorbeugungstechnik) und über die Gefahren der Abtreibung, Kenntnis empfindnisverhüllender Methoden in den breitesten Schichten ist besser als ungewollte Schwangerschaft und als Folge davon Aborte.“ Im Sinne dieser Ausführungen erläutert Luise Otto in ihrem Büchlein: „Vorbeugen, nicht abtreiben!“ diese Methoden und verbindet damit eine gründliche Belehrung über die sozialen Zusammenhänge dieser gerade in unserer Zeit für die Arbeiterschaft so brennenden Frage. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß die Schrift bisher in 175 000 Exemplaren verbreitet ist und jetzt umgearbeitet und ergänzt in neuer Auflage, aber zum alten Preise von 80 Pf. im Verlag W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, herausgegeben wird.

Anzeigen

Sterbetafel

Borna. Am 23. Oktober starb unser Kamerad **Erich Aßmuß** im Alter von 18 Jahren.
Berlin. Am 17. Oktober starb unser Kamerad **Wilhelm Buchmann** im Alter von 67 Jahren an Herzaderverkalkung.
Breslau. Am 22. Oktober starb unser Kamerad **Albert Riedel** im Alter von 44 Jahren an Magenleiden.
Dresden. Am 13. Oktober starb unser Kamerad **Louis Sündermann** im Alter von 44 Jahren durch Unglücksfall.
Halle a. d. Saale. Am 24. Oktober starb unser Kamerad **Albert Elste** im Alter von 72 Jahren an Herzschlag.
München. Am 27. Oktober starb unser Kamerad **Josef Schlagenhäuser** im Alter von 69 Jahren infolge eines Schlaganfalls.
Osternburg. Am 16. Oktober starb unser Kamerad **Emil Schütz** im Alter von 62 Jahren.
Stralsund. Am 25. Oktober starb unser Kamerad **August Benzin** im Alter von 66 Jahren.
Wittenberg. Am 6. Oktober starb unser Kamerad **Gustav Pannicke** im Alter von 67 Jahren.
Zittau. Am 23. Oktober starb unser Kamerad **Reinhard Scholze** im Alter von 56 Jahren an Nierenleiden.

Ehre ihrem Andenken!

Fremde Zimmerer (freie Vogtländer) **Hoffmann, Richard**, Buchnummer 109 684 und **Pätzold, Benno**, 95 804, sendet eure Adresse an eure Eltern oder an Willi Seidel, Zahlstelle Löwenberg in Schlesien. [3 M]

Hobelbänke 50 RM.

2 m lang, Stahlspindel, komplett, Ia Qualität.
Blatt Ia gediegene Rotbuche. Garantie.

Werkzeuge

Abbildung und Preisliste gratis.
Karl Ramisch, Pina a. d. Elbe.

Ich helfe Dir

Gummi, Tropfen, Tee
Preisbroschüre durch:
Wohleben & Weber
G.m.b.H., Berlin W 30, Z 10

Kauft (F)
die vom Verband
herausgegebene
Fachliteratur!

Werkzeuge
Werkzeugliste gratis.
Westfalia Werkzeug-
comp., Hagen 247 (Westf.)